

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreizeiliger Pettizeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

30000

Mit dieser Nummer erscheint die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ in einer Auflage von 30 000 Exemplaren. Noch kein Jahr liegt hinter uns, als berichtet wurde, das erste Viertel von hunderttausend ist erreicht. Im gleichen Tempo, wie sich die Auflage des Fachorgans vergrößerte, steigerte sich auch die Mitgliederzahl des Verbandes. Mehr als 5000 neue Streiter wurden in dieser Zeit um die Fahne der Organisation gesammelt.

In diesem Vorwärtsschreiten marschierte das Fachorgan als erprobter Sturmgewaltige treu zur Seite, gegen Unrecht und Reaktion kämpfend, schonungslos an dem kapitalistischen Ausbeutungssystem Kritik übend, im Interesse der Mitglieder.

Dem Grundsatz getreu wird das Fachorgan weiter den Kampf gegen Entrechtung und Knechtung führen. Tobt die Reaktion noch so sehr nach Ausnahmegeetzen gegen die Gewerkschaftspresse, die Fachzeitung wird sich dadurch nicht einschüchtern lassen.

Unsere unermüdlige Aufgabe sei daher: Vorwärts zur Gewinnung neuer Leser für das Fachorgan und neuer Kämpfer für den Verband.

Lohneinkommen und Teuerung.

Seit der Annahme des Zolltarifs durch die regierungsfreundliche Mehrheit am 14. Dezember 1902, nach welchem alle Lebensmittel- und Gebrauchsartikel infolge der hohen Zölle enorm im Preise emporstiegen, ist für die Junkerlaste eine Zeit hoher Profite und Reingewinne eingetreten. Damit hatte aber die Steigerungsgrenze noch nicht ihren Abschluß gefunden. 1909 wurde durch die indirekten Steuern, die von derselben Mehrheit — dem Zentrum und den Konservativen — wie der Wuchertarif beschlossen wurden, abermals der Arbeiterschaft der Brotkorb höher gehängt. Die Verteuerung der Lebensmittel ist auch dadurch noch nicht zum Stillstand gekommen. Im Vorjahre erhöhten sich die Fleischpreise ganz bedeutend, und in diesem Jahre wiederholte sich derselbe Vorgang zu der gleichen Zeit.

Nach solchen Erscheinungen ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Preissteigerung auf die notwendigsten Lebensmittel noch lange nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Ursachen dieses Vorganges sind vornehmlich auf ein System zurückzuführen, daß der Preistreibung Tür und Tor öffnet. Seit der Einführung der Getreidezölle (1879) bis zum Jahre 1894 bestand die Forderung des Identitätsnachweises derart, daß eine Zollvergütung für die Ausfuhr von Getreide nur erfolgte, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß das auszuführende Getreide vorher aus dem Auslande ins Inland eingeführt worden war. Mit dieser Einrichtung waren die Agrarier, vornehmlich die des Ostens, weil sie ihrem Profitinteresse widersprach, nicht zufrieden. Sie verlangten eine Zollrückvergütung nicht nur auf das wieder ausgeführte Getreide, sondern das Reich sollte vielmehr jede ausgeführte Menge Getreide als „identisch“ mit einer vorher eingeführten ansehen und dafür den Zoll vergüten. Mit

andern Worten: Der Nachweis der Identität soll beseitigt und so den Agrariern eine förmliche Ausfuhrprämie in der Höhe des Zolles gesichert werden.

Beim Abschluß der Caprivischen Handelsverträge 1894 wurde tatsächlich diesen Forderungen stattgegeben, der Identitätsnachweis aufgehoben und die Einfuhrscheine eingeführt. Nun gestaltete sich der Vorgang folgendermaßen: Bei Ausfuhr von Getreide zahlen die Zollämter aus finanztechnischen Gründen nicht bares Geld, sondern verabreichen Einfuhrscheine, die berechtigt sind zur zollfreien Einfuhr von Waren, für welche der gleiche Zollbetrag wie für die ausgeführte Getreidemenge bei der Einfuhr entrichtet werden müßte. Die Einfuhrscheine haben Gültigkeit, innerhalb sechs Monaten die gleiche Menge derselben Getreidegattung zollfrei einzuführen, oder nach Ablauf von vier Monaten kann innerhalb der folgenden sechs Monate die Zollzahlung für bestimmte Waren in Anrechnung gebracht werden. Eine bare Herauszahlung auf die Einfuhrscheine wird nicht geleistet. Jeder Exporteur kann sie aber nach Gefallen veräußern und werden in den sechs Monaten mit etwa 2 pzt. Diskont überall in Zahlung genommen. Das Geschäft ist für die Agrarier und Getreideexporteure sehr lohnend. Für eine Tonne Roggen (1000 kg) wird zum Beispiel bei der Ausfuhr an der Grenze M 50 in Gestalt des Einfuhrscheines vergütet. Die Folge davon ist, daß im Auslande deutsches Brotgetreide um diesen Betrag billiger als im Inland abgesetzt werden kann. Die Getreideausfuhr steigerte sich durch diese Vergünstigung in den letzten zehn Jahren enorm. Ausgeführt wurden:

	1901 in Tonnen	1910 in Tonnen
Roggen	105200	825046
Weizen	239397	442697
Hafer	223636	528979
Hülfsfrüchte	68097	105001

Im gleichen Zeitraum steigerte sich die Ausfuhr von Mehl von 91550 auf 362113 Tonnen. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1910 bei Roggen den elften, bei Weizen den neunten, bei Hafer den vierzehnten Teil der Gesamtmenge in Deutschland. Die Zunahme der Ausfuhr geschieht auf Kosten der Steuerzahler in zweifacher Richtung. Durch die mit den Einfuhrscheinen in Ausfall kommenden Zollsätze — 1909 betrug durch dieses System der Zollverlust mindestens 50 Millionen Mark —, dann infolge des großen Quantum ausgeführter Getreidemengen reicht der im Inlande verbliebene Rest minderwertiger Qualität nicht im entferntesten für den einheimischen Bedarf aus. Die Folge davon ist Einfuhr von ausländischem Getreide, das aber nicht zur Verbilligung beiträgt, sondern infolge des Zolles eine unheimliche Steigerung des einheimischen Produktes ermöglicht.

Das ist die eine Seite der famosen Schutz Zollpolitik, wie sie von der Regierung im Interesse der Junkerlaste betrieben und gefördert wird. Damit aber nicht genug. Der Arbeiterschaft sollen außer dem Brot auch andere Lebensmittel verteuert werden, natürlich wiederum im Interesse der Agrarier. Es kommt dabei die Fleischteuerung in Frage. Durch die Absperrung der Grenzen, die vorgenommen wurde, um Einschleppungen von Viehkrankheiten zu verhindern, in Wirklichkeit jedoch auf systematisches Drängen der Junker zurückzuführen ist, wird diesen die Möglichkeit gegeben, den Viehbestand zu den höchsten Preisen auf den Markt zu bringen. Das Junkertum geht nicht mehr, wie seine Vorfahren, darauf aus, bei der Ausplünderung des Volkes selbst seine Haut zu Markte

zu tragen; es macht heute die Sache viel schlauer, es schiebt die Regierung zur Absperrung der Grenzen oder Errichtung von Zollmauern vor, um die Wareneinfuhr aus dem Auslande zu unterbinden und diktiert dann die Preise für ihre Produkte.

Berechnet man die Belastung auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung im Jahre 1910, wie sie durch die Zölle und Steuern hervorgerufen wird, so ergibt sich im Durchschnitt M 27 an Reichssteuern und M 16 an Landessteuern. Der erstere Betrag setzt sich zusammen aus M 23,12 an Zöllen und Aufwandssteuern, M 3,35 Verkehrssteuern und 56 s Erbschaftsteuer; der letztere aus M 12 direkte Steuern, M 1,78 Aufwandssteuern, M 1,74 Verkehrssteuern und 50 s Erbschaftsteuer. Allein an Reichs- und Landessteuern hat also der einzelne jährlich M 43 zu zahlen, eine Familie von fünf Köpfen M 215; dazu kommen dann noch die Kommunalabgaben, Kirchensteuern usw. Damit noch nicht genug. Durch die durch die deutsche Zollpolitik hervorgerufene Verteuerung aller Lebensmittel, nach welcher nicht bloß die Auslandsware, sondern auch die im Inlande erzeugte im Verkaufspreis emporgeschraubt wird, erfolgt eine weitere Belastung, die auf den Kopf der Bevölkerung (ohne direkte Einkommensteuer) M 94 ausmacht. Auf den deutschen Durchschnittsfamilienhaushalt von 4,7 Köpfen entfällt somit eine jährliche Belastung von M 442.

Die sich im Namen des Gesetzes durch die Ausplünderung auf die Taschen des Volkes ergebenden Summen fließen jedoch nur zum kleinsten Teil in den Reichssäckel, und zwar von den Zöllen auf Nahrungs- und Genussmittel 482 Mill. Mark, Zöllen auf Industrieprodukte 285 Millionen Mark. Dagegen rafften die Agrar- und Industriekapitalisten in ihre Taschen 1264 Millionen Mark durch die Verteuerung der inländischen Lebensmittel, 1000 Millionen Mark durch die Verteuerung der inländischen Industrieprodukte und 122 Millionen Mark durch die Liebesgaben. Der entsetzlichen Gesamtbelastung des deutschen Volkes stehen fabelhafte Summen an Gewinn gegenüber, der in die Hände weniger fließt. Und diese Raubpolitik auf die Taschen der breiten Volksmasse geschieht zur Wüstung der oberen Behntausend nach dem Wahlspruch: Für Gott, König und Vaterland.

Diesen unfähig traurigen Zustand der Volksauszehrung abzuwenden, begegnete die Arbeiterschaft dadurch, daß sie innerhalb ihrer gewerkschaftlichen Organisation durch Lohnforderungen versuchte, ihr Einkommen dem Verhältnis der Teuerung gleichzustellen. Inwieweit dieses speziell in unserer Organisation möglich war, soll hier untersucht werden.

Bei einer Erhebung 1904 über die in den Bäckereien bezahlten Löhne wurde ein Durchschnittslohn von M 23,37 für die im Barlohn Beschäftigten festgestellt. Im vergangenen Jahr wurde als Durchschnittslohn M 26,97 ermittelt. Innerhalb sechs Jahren erfolgte hier eine Erhöhung des Durchschnittslohns um M 3,60, was gleichbedeutend ist mit einer Jahressteigerung von M 187,20. Bei den Konditoren haben wir nur Vergleiche der letzten zwei Jahre zur Hand. Hier stieg der Durchschnittslohn von M 26,66 auf M 27,18 oder pro Woche um 52 s, was einem Jahresmehreinkommen von M 27,44 gleichkommt. Weit schlechter ist aber noch der Durchschnittslohn der Arbeiter über 16 Jahre in der Großindustrie mit M 20,66. Hier können leider keine Vergleiche gegen den Verdienst in früheren Jahren angestellt werden. Es ist nun interessant, in welchem Prozentverhältnis die Löhne gestiegen sind. Bei den Bäckern trat eine Erhöhung um 15,4 pzt., bei den Konditoren aber nur eine solche um 2 pzt. ein.

Diese Erhöhung des Lohnneinkommens steht in gar keinem Verhältnis zu der enormen Belastung eines jeden durch den Wuchertarif und den neuen Steuern 1909. Das Unternehmertum möchte bei allen Lohnbewegungen mit Vorliebe der Öffentlichkeit plausibel machen, wie stark die Löhne in den letzten Jahren gestiegen sind. Natürlich wird dabei verschwiegen, daß noch weit mehr die Lebensmittelpreise verteuert und der Arbeiter recht empfindlich mit neuen Steuern belastet wurde. Die Lebenshaltung der Arbeiter würde noch auf einem viel tieferen Niveau stehen, wenn nicht durch die Macht der Gewerkschaften einigermaßen ausgleichend gewirkt werden könnte. Wie traurig muß es erst um solche Arbeiter bestellt sein, die aus Furcht oder sonstigen Gründen noch nicht den Weg in ihre Berufsorganisation gefunden haben? Diese haben erst recht alle Ursache, sich uns anzuschließen.

Schmucks.

Die Korruption der reaktionären Scharfmacherpresse macht von Tag zu Tag immer größere Fortschritte. In ihrem Dienste schwitzen tausende Geistesproletarier, die um des lieben Brotes willen emsig bemüht sind, alle sozialen Ereignisse so darzustellen, daß sich in dem gewonnenen Bilde die „edle Hochherzigkeit“ und das „gute Recht“ des Arbeitgebers in den prächtigsten Farben tönend widerspiegelt, während die Rehrseite dieses wunderlichen Schmuckstaleidoskops die Arbeiterschaft als „faul, unbotmäßig, frech“, kurz im schwärzesten Lichte aller Unsitten zeigt.

Die Schmucks find am Werke. Sie schreiben gegen ihre eigene Ueberzeugung und für gutes Geld. Das Ueberangebot von Arbeitskräften macht sich auch auf dem geistigen Arbeitsmarkte geltend. Da heißt es Genirung und Anstand verkaufen. Und weiter kommt es darauf an, sich auch die geistige Futterrippe zu erhalten. Es gilt, sich in der Gunst des Brotgebers festzusetzen. Denn bar Geld lacht und Hunger tut weh.

So schreiben denn die Schmucks der Unternehmerpresse darauf los. Berechtigte Streiks der Arbeiter gibt es überhaupt nicht. Und wenn die schlechtest entlohnten Arbeiter streiken, um ihre erbärmlichen Hungerlöhne auch nur in ganz bescheidener Weise aufzubessern — der Streik ist ungerecht. Und wenn Arbeiter ihren täglichen Frontdienst, der vielleicht vierzehn Stunden pro Tag währt, auf dreizehn Stunden pro Tag reduzieren möchten und deshalb zum Streik greifen müssen — der Streik ist frivol vom Raun gebrochen. Und wenn es für die Arbeiter gilt, das kraffteste unternehmerliche Unrecht zu bekämpfen, gegen körperliche und geistige Mißhandlung aller Art Front zu machen — es ist einfach eine Frechheit, sich so etwas herauszunehmen.

So arbeitet der Schmuck nach alter bewährter Schablone. Er verteilt Licht und Schatten in „gleichmäßiger“ Weise. Das Licht umstrahlt restlos als unschuldsvolle Märtyrergloriole das Haupt des armen, verfolgten Unternehmers, und im schwärzesten Schatten miserabelster Niederträchtigkeit verfinstert der Prolet.

Mit Vorgenanntem ist aber die geistige Tätigkeit der unternehmerlichen Schmucks noch lange nicht erschöpft. Es gibt für sie noch mehr zu tun. Da gibt es beispielsweise im bürgerlichen Lager so eine Sorte sozialpolitisch angehauchter Menschen. Sie haben in Arbeiterfragen ihre eigene Meinung und erlauben sich sogar, in aller Bescheidenheit auch einmal den Unternehmern vom allgemeinen Standpunkt aus einige bittere Wahrheiten zu sagen und für manche Arbeiterforderungen eine, wenn auch nicht allzu scharfe Lanze zu brechen. Das genügt aber auch, um die ganze Schale der unternehmerlichen Ungnade über die unglücklichen Häupter dieser Philantropen und Weltverbesserer auszuleeren.

Zunächst müssen die Schmucks versuchen, einen solchen Mann lächerlich zu machen. Man höhnt über den groben Unfug der „Intellektuellen“, die mit ihrer „Arbeiterverhimmelung“ die Unkultur der bösen Umfurzpartei als „besondere Form“ der Kulturbewegung „geistig erfassen“ wollen, und nennt es nach dieser schönen Einleitung einfach „Verrat an den höchsten Gütern der Nation“, wenn solche Philantropen vorschlagen, durch eine Politik des Entgegenkommens die wirtschaftlichen Gegensätze zu überbrücken. Dadurch führe man den „Segnern aller Ordnung“ nur frische Kräfte zu.

Es ist nämlich auch oberste Pflicht aller Schmucks, alle Vorschläge, die der Arbeiterschaft nützen könnten, als „antinationale“ zu kennzeichnen und allen noch so gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter den Stempel der „Staats- und Ordnungseindlichkeit“ aufzudrücken. Schließlich schrecken die Schmucks in ihrer Bekämpfung des Philantropen und Rathederzialisten auch nicht vor schärferen Mitteln zurück, sie schmähen, diskreditieren und denunzieren darauf los, daß es nur so eine Art hat.

Eine weitere Aufgabe der unternehmerlichen Schmucks ist, jede Sozialgesetzgebung als grundverkehrt und nur den „Umfurzgedanken“ fördernd hinzustellen. Jeden sozialpolitischen Vorschlag haben sie mit allen möglichen Mitteln zu mißkreditieren und zu bekämpfen. Und haarscharf müssen sie „nachweisen“, daß das Unternehmertum schon jetzt hart an der „Grenze der Leistungsfähigkeit“ angelangt sei und alle „Güter der Nation“ bei einer Verbesserung der lärglichen sozialpolitischen Einrichtungen unrettbar im Ortus verschwinden müssen. Keine, auch nicht die geringste Hilfe dem Arbeiter, alle Hilfe und jede staatliche Unterstützung dem übermächtigen Unternehmer!

Das ist die Schablone, nach der die Schmucks des Unternehmertums ihr geistiges Fluidum zu verzapfen haben. Alles, was sie schreiben, geschieht zugunsten des ungeschmälernten Unternehmerprofits und um sich selbst vor dem Spurger zu schützen. Sie sind die geistigen Landsknechte des Geldsacks, die keine eigene Meinung haben und nur das niederschreiben dürfen, was ihnen ihre Brotgeber diktiert. Schon Ferdinand Lassalle bezeichnete

diesen fressenden Krebschaden am Volkskörper in völlig zutreffender Weise. Er sagte in einer Rede:

„Das sind diese modernen Landsknechte von der Feder, das geistige Proletariat, das stehende Heer der Zeitungsschreiber, das öffentliche Meinung macht und dem Volke tiefere Wunden geschlagen hat als das stehende Heer der Soldaten; denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, jenes bringt ihm innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Säfte. . . Sie sind eine Bande von Menschen, sage ich, zu unfähig zum Elementarschullehrer, zu arbeitscheu zum Postsekretär, zu keiner bürgerlichen Handlung tüchtig und eben deshalb sich berufen glaubend, Volksbildung und Volkserziehung zu treiben!“

Seit Lassalle hat diese Korruption der Presse nur noch weitere Fortschritte gemacht. Wir brauchen nur ein Unternehmerrblatt oder ein konservatives, liberales oder ultramontanes Blatt in die Hand zu nehmen, überall grinst uns der Schmock entgegen, der für bares Geld volksfeindliche Ansichten verzapft. Und die unterste Stufe dieser „Landsknechte von der Feder“ treffen wir in den provinziellen Winkeln und Kreisblättern. Schmock macht in deren Wirkungskreise die öffentliche Meinung, Schmock regiert uneingeschränkt.

Für die Arbeiter aber ergibt sich hieraus, stets dafür einzutreten, daß diese arbeiterfeindliche Schmockmeinung in ihrer schädlichen Wirkung herabgedrückt wird. Es ist eine unserer obersten Pflichten, immer und im er wieder unsere Klassengenossen darauf aufmerksam zu machen, daß es eine Art geistigen Selbstmord bedeutet, wenn Arbeiter durch Abonnement eine Presse unterstützen, die nur Spott, Verachtung und Hohn für sie übrig hat und sie tagtäglich mit Fußtritt regaliert. Sein Beispiel findet solch charakterloses Verfahren nur im Tierreiche, wo der geprügelte Hund gleichfalls schweißwedelnd die Hand seines Peinigers leckt. Hinaus mit den Zeitungen arbeiterfeindlichen Kalibers aus allen Arbeiterwohnungen! Das muß die Parole der Arbeiter sein. Denn ihnen wird die tägliche geistige Nahrung in vollwertiger Weise durch die Arbeiterpresse geboten, so daß sie wahrhaftig nicht nötig haben, die Schmockmeinung der arbeiterfeindlichen Presse für teures Geld sich aufzutrotzieren zu lassen!

Wenn am wahren Fortschritt und der wahren Aufklärung der Arbeiter gelegen ist, der hat die Pflicht, Schriften, die nur deshalb erscheinen, um das Proletariat zu verdummen und zu begeistern, aus den Arbeiterwohnungen auszumerzen. Die moderne Arbeiterpresse sorgt für wahre Aufklärung und geistige Fortbildung und vertritt in lebhafter Weise die Interessen des arbeitenden Volkes. Sie leitet wahre Kulturarbeit im vollsten Sinne des Wortes. Deshalb muß sich ihr auch jeder denkende Arbeiter zuwenden und die feile Unternehmerpresse aus seinen vier Pfählen verbannen. Das Verfahren hat außerdem noch den Vorteil für sich, daß dann die Schmucks und deren arbeiterfeindliche Auftraggeber mit ihrer Zeitungsmeinung so recht unter sich bleiben. Jedenfalls wäre auch das ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Denn bleiben die Abonnenten fort, dann sinken auch Einfluß und Macht der im Unternehmerrfolde stehenden Schmucks auf den Nullpunkt und die öffentliche Meinung beherrschen andere Faktoren. Damit wäre dann ein ungeheurer Wust von volksvergiftender Korruption beseitigt, zum großen Vorteil des Proletariats.

Das sollte jeder Arbeiter endlich beherzigen und danach handeln! Zögert in dieser Richtung nicht länger und schreit zur Tat! Es kostet nur ein entschlossenes Aufraffen und bringt euch großen Gewinn!

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 war ein Jahr großer wirtschaftlicher Kämpfe. Es weist die größte Zahl wirtschaftlicher Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurde. Insgesamt 9690 Kämpfe wurden geführt, an denen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung der Kämpfe erforderte eine Ausgabe von M 18 666 523. Als Resultat ist zu verzeichnen eine Arbeitszeitverkürzung für 344 570 Personen um 756 564 Stunden pro Woche und für 827 627 Personen eine Lohnerhöhung von M 1 815 537 pro Woche. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 9444 Stunden pro Woche und Zurückweisung einer Lohnverfängerung von M 29 779 pro Woche.

Von den Bewegungen des Jahres 1910 verliefen 6496 oder 67 pZt. ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 656 531 oder 64 pZt. aller Beteiligten teil. — Das gleiche Zahlenverhältnis war in den Vorjahren zu verzeichnen. In der Statistik der Generalkommission wird darauf verwiesen, daß die große Zahl der ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen auf die Respektierung der gefestigten und finanziell gut fundierten Gewerkschaften durch die Unternehmer zurückzuführen ist.

Von den 6496 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung galten 5580 der Verbesserung und 916 der Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen; 70 pZt. der Angriffsbewegungen endeten erfolgreich, 29,7 pZt. teilweise erfolgreich; 83,7 pZt. der Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg.

Streiks und Aussperrungen sind im Berichtsjahre 3194 durchgeführt worden, und zwar 1385 Angriffstreiks mit 110 613 Beteiligten, 839 Abwehrstreiks mit 31 500 Beteiligten und 970 Aussperrungen mit 226 698 Beteiligten. Die größte Anzahl der Kämpfe entfällt auf das Baugewerbe; waren doch hier allein 1387 Streiks und Aussperrungen mit 181 000 Beteiligten zu verzeichnen. Der Zahl der Kämpfe nach folgt die Holzindustrie mit 539 Kämpfen, doch bleibt die Zahl der Beteiligten hinter der in der Metallindustrie zurück. Während in der Holzindustrie 24 989 Personen an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, waren es in der Metallindustrie und im Schiffbau 95 516 Personen an 430 Streiks und Aussperrungen. Von den Streiks und Aussperrungen waren 2657 oder 83,2 pZt. erfolgreich oder teilweise erfolgreich, mit 330 886 gleich 89,7 pZt. beteiligten Personen.

Die Zahl der Angriffstreiks war im Jahre 1910 beträchtlich höher als in den beiden Vorjahren, sie erreicht jedoch nicht die Höhe der Jahre 1906 und 1907.

Der Prozentsatz der Streiks, die mit vollem Erfolg für die Arbeiter endeten, ist etwas größer als in den beiden Vorjahren und der größte, der seit 1900 erreicht ist.

Die Aussperrungen sind im Berichtsjahre so zahlreich gewesen, wie in keinem Jahre vorher. Hauptbeteiligt hieran war das Baugewerbe, für das 851 Aussperrungen gezählt wurden. Von den 226 898 an den Aussperrungen beteiligten entfielen allein auf das Baugewerbe 158 973. Und der weitaus größte Teil der beinahe 12 Millionen Mark betragenden Ausgaben, nämlich über 9 1/2 Millionen Mark, entfallen auf die Aussperrungen im großen Bauarbeiterkampf. Interessant ist, daß immer noch 20 Aussperrungen, mit allerdings nur 627 Beteiligten, verhängt wurden, um die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Als Resultat der Aussperrungen ist zu verzeichnen eine Arbeitszeitverkürzung für 90 217 Personen oder insgesamt 162 386 Stunden pro Woche und für 298 711 ausgesperrte eine Lohnerhöhung von zusammen M 845 182 pro Woche.

Fast die gesamten Streikausgaben werden von den Verbandskassen selbst gedeckt. Im Jahre 1910 wurden aber noch an Extrabeiträgen von den Zentralvorständen M 4 388 400 ausgeschrieben, und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten wurden noch M 521 800 aufgebracht. Das sind Summen, die höher sind als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891 bis 1897, denn erst mit dem Jahre 1898 übersteigt die Gesamteinnahme der Verbände fünf Millionen Mark.

Der Abschluß von Tarifverträgen war ein erheblich zahlreicher als in den Vorjahren. Es werden 4398 Tarifverträge für 607 023 Personen verzeichnet. 1909 waren es 1913 Verträge für 159 628 Personen und 1907 wurden 1860 Verträge für 282 946 Personen abgeschlossen.

Von den 310 711 in den Streiklisten Geführten waren 177 374 männliche und 4197 weibliche, zusammen 58 pZt. verheiratet. Sie hatten insgesamt für 327 882 Kinder unter 14 Jahren zu sorgen. 271 977 männliche und 15 636 weibliche Personen gehörten zu Beginn des Kampfes den Organisationen an; sechs Monate waren 227 986 männliche und 7215 weibliche Personen organisiert.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als ein befriedigendes, wenn auch lange nicht als ein ausreichendes bezeichnet werden. Das Verhältnis der mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendeten Angriffs- und Abwehrstreiks geht weit über den Durchschnitt hinaus. Die großen Lasten, die der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern auferlegt wurden, geboten eine Lohnerhöhung. Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen aber waren nicht einmal in der Lage, diese Teuerung durch Lohnerhöhungen auszugleichen, weil sie den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen. Organisation, Solidarität und Opferwilligkeit aber sind notwendig, um die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu heben.

Zur Situation in der Berliner Schokoladen- und Pfefferkuchenindustrie.

Endlich scheint es auch in Berlin, daß die Sklaven der Schokoladenpäckchen nun auch an ihren Ketten rütteln wollen. In mehreren zahlreich besuchten Versammlungen wurde die augenblickliche Situation eingehend besprochen und man war übereinstimmend der Ansicht, daß in diesem Jahre die geeignetste Zeit sei, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Es haben nun wiederholt Fabrikversammlungen, besonders bei den Firmen Sarotti und Hildebrand, stattgefunden, die außerordentlich gut besucht waren. Den Schokoladenfürsten scheint es aber schon nicht mehr ganz geheuer zu sein und sie versuchen, ähnlich wie vor fünf Jahren, die Arbeiter zu födern und die Bewegung von Anfang an tot zu machen. So wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Sarotti Ende September folgendes verkündet:

Zur Benachrichtigung und zum Anschlag!

Die außerordentliche Dürre, die in diesem Jahre herrschte, ist die Ursache der heute bestehenden abnormen Preise für Lebensmittel. Da hier von die Allgemeinheit gleichmäßig betroffen wird, so lassen wir, um unsern Angestellten die Ueberwindung dieser Teuerung leichter zu machen, für diese eine Teuerungszulage, vorläufig gültig bis 27. Dezember d. J., eintreten, die ausbezahlt wird, sobald der Betreffende mindestens eine Woche in unserm Betrieb beschäftigt ist. Die Zulage beträgt: für Mädchen und Arbeiterinnen M 1 pro Woche; für unverheiratete Gehilfen und Arbeiter M 1,50 und für verheiratete Gehilfen und Arbeiter M 2,50 pro Woche.

Sarotti,

Schokoladen- und Kakaoindustrie, Aktiengesellschaft.

Bei dieser Firma sind jetzt zur Zeit der Hochkonjunktur gegen 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.

Bei Hildebrandt, welcher gegen 2000 Beschäftigte hat, erhielten die Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Besannmachung durch Anschlag, zu gleicher Zeit wie bei Sarotti, dieselbe Teuerungszulage und außerdem, aus Anlaß der Hochzeit des Sohnes der Firma, noch eine einmalige Gratifikation von M 5 bis 6 pro Beschäftigten.

Die letzten Betriebsversammlungen der in beiden Fabriken Beschäftigten befaßten sich eingehend mit dieser Teuerungszulage. Geschloß als Referent führte aus, daß die Teuerungszulage unter normalen Umständen human und arbeiterfreundlich sein kann, daß sie aber in diesem Falle ein hinterhältiges, bössartiges Mittel zu sein scheint, um damit die von den Arbeitern erstrebte, von allen Volkswirtschaftlern hochgeschätzte Tarifgemeinschaft zu hintertreiben und ganz unmöglich zu machen. An sich erscheint diese Zulage besonders bei der Firma Hildebrandt in einem eigenartigen Licht. Dort waren im Prallraum kurz vorher die Affordpreise von 7 auf 6,6 S herabgesetzt worden, was bei der Normalarbeiterin einen wöchentlichen

Lohnausfall von M 2 bis M 2,40 ausmacht. Auf der einen Seite wird in heuchlerischer Weise Teuerungszulage gegeben, aber auf der anderen Seite den Arbeiterinnen mehr als das Doppelte der Zulage durch Affordkürzung wieder genommen. Ob die Firma, bei der sogar auch noch das Zwischenmeisterstück besteht, durch solches Manöver glaubt, die Bewegung ebenso zu ertöden wie im Jahre 1906?

Aber auch bei Sarotti liegen die Verhältnisse nicht besser. Erst vor zwei Jahren hat diese Firma eine Lohnregulierung nach der Richtung hin vorgenommen, daß die jährlichen Zulagen nur so lange gegeben werden, als die Arbeiterinnen noch nicht M 16, die Arbeiter M 24 und die Gelehrten oder Konditorgehilfen M 32 erreicht hatten. Sobald diese Sätze erreicht sind, darf keine Lohnsteigerung mehr vorgenommen werden. Dabei hatte schon eine ansehnliche Zahl Beschäftigter bedeutend höhere Verdienste, teilweise sogar M 40 und über M 40. Diese sollten allerdings nicht gekürzt werden, jedoch half sich die Firma dadurch, daß man diese alten Leute, die teilweise zehn und mehr Jahre dort beschäftigt waren, entweder aus der Fabrik herausgraulte, oder aus geringfügigen Anlässen kurzerhand entließ. Dann hat diese Firma auch noch einen Nebenbetrieb eingerichtet, in welchem nur jugendliche Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von M 7 eingestellt werden. Zudem besteht bei Sarotti ein überaus schikanöses, völlig unkontrollierbares Affordsystem, und es passiert den in Lohn arbeitenden weiblichen Arbeitern sehr oft, daß sie, die im Lohn bis zu M 17 und mehr verdienen, nunmehr in Afford arbeiten müssen, wo sie knapp zwei Drittel ihres bisherigen Wochenlohnes verdienen.

Man sieht also, die sogenannte Teuerungszulage hat die Firma wohl längst an den Arbeitern verdient und ist nichts weiter, als ein kleines Äquivalent für die vielen Whäuge, die sich die Beschäftigten schon seit Jahren haben gefallen lassen müssen.

Doch wolle man, so führte der Referent in den betreffenden Versammlungen aus, darüber noch nicht endgültig urteilen. Wir wollen abwarten, ob die Firmen wirklich gewillt sind, die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen zu bessern, was sich ja bald zeigen müsse, oder ob diese Teuerungszulage nur ein geschicktes Manöver sei, um besonders die Arbeiterinnen von der Organisation fernzuhalten und die Lohnbewegung zu ertöden. Auf jeden Fall muß ihnen aber heute klar sein: ohne die Organisation, ohne den energischen Vorstoß zu einer Lohnbewegung durch die in den Fabriken bereits organisierten wäre nicht nur diese Teuerungszulage nicht gekommen, sondern die Fabrikpächter mit ihren gefälligen Kreaturen hätten auch weiterhin in der geschilderten Art den Lohn immer weiter herabgedrückt. Man solle sich aber jetzt von der zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit nicht blenden lassen. Das Vorgehen der Firma Silberbrand im Jahre 1906 sei noch in zu frischer Erinnerung und eine zu gute Warnung. Wir werden uns freuen, wenn wir uns täuschen und die Firma wirklich den ehrlichen Willen hat, den Arbeitern entgegenzukommen. Wir haben kein Interesse am Kampf und werden die Hand zum Frieden gern ergreifen. Durch derartige hinterhältige Manöver aber werden sich heute die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zum zweitenmal einfangen lassen.

In den Versammlungen herrschte ein guter Geist, so daß man hoffen kann, endlich in die Allmacht der Zuckerbarone Dresche legen zu können.

In des Königs Rock.

In den kommenden Tagen müssen Tausende von Arbeitern und Handwerksgehilfen ihren Arbeiterfittel mit des Königs Rock vertauschen, um ihrer „Pflicht“ als Vaterlandsverteidiger zwei bis drei Jahre Genüge zu leisten. Der kapitalistische Militärstaat hat ja die prachtvolle Einrichtung getroffen, daß ausschließlich die Söhne des wertigen Volkes so lange zum Soldatenspiel herangezogen werden. Glückselige reicher Eltern sind durch ihren Geldsack in die angenehme Lage versetzt, die Dienstzeit auf ein Jahr herabzureden. Und wie die Tatsachen lehren, genügt diese Zeit reichlich, um in der „Kriegstechnik“ bewandert zu werden.

Freude am Militärdienst haben bekanntlich die wenigsten und ganz besonders diejenigen nicht, welche das politische und wirtschaftliche Treiben mit klarem Blick betrachten. Zu diesen zählen alle, welche schon in der proletarischen Armee — in der Gewerkschaftsbewegung — eingereicht waren. Diese verstehen auch zu kämpfen, und mancher von ihnen hat mit im Kampfe gegen das Unternehmertum gestanden. Sie wissen auch, was Disziplin heißt, die getragen von den großen Idealen, die Arbeiterkraft von Sieg zu Sieg führte. Doch über Nacht ändert sich das alles. An die Stelle der proletarischen Armee tritt das Militär als Schützer und Interessensvertreter des Geldsacks; an Stelle der freiwilligen Disziplin tritt der eherne Zwang des Kadabergehorsams und Opferfreudigkeit im freien Selbstbestimmungsrecht wird durch den Drill abgelöst.

Vielen tausenden Unerfahrenen, die mit ihren kindlichen Augen in die Welt schauen und im Militarismus den Glorienschein des Reiches erblicken, wurden jäh aus ihren Träumen aufgeschreckt, weil ihnen recht bald die Ungerechtigkeit bewußt wird, die dort tagtäglich an eigenen Leibe verspürt werden kann. Die Militärgerichtsurteile sind bereite Zeugnisse von dem Strafausmaß zwischen Gemeinen, Unteroffizieren und Offizieren und der Unterscheidung dieser Rangstufen. Da wird mancher auf andere Ideen gebracht und unbewußt zum Denken veranlaßt. Das Beisammensein mit aufgefälligen Kameraden, die Erzählungen der Vorgänge im Kampfe ums Dasein bringt schließlich den militärbegeisterten Vaterlandsverteidiger der proletarischen Armee näher, und Unzählige sind nach geleisteter Militärzeit treue Kämpfer unserer Bestrebungen geworden. Sie sahen auch dann, daß der „innere Feind“ ganz wo anders zu suchen ist, als in der Sozialdemokratie, wie ihm als Rekrut in den Unterrichtsstunden von seinen „Vorgesetzten“ erzählt wurde. Nicht hier steht der „innere Feind“, sondern dort, wo dem Volk systematisch der Hungerriemen enger geschnürt wird. Die Lebensmittelverteuerer, Boll-

wucherer und die Scharfmacher, das sind die Parasiten, die am Volkkörper saugen und eine grenzenlose Verelendung der Massen herbeiführen.

Die wenigen Tage im Zivil werden von den Rekruten, soweit sie der gewerkschaftlichen Organisation angehören, ausgenutzt werden müssen, ihr Verbandsbuch oder Karte in Ordnung zu bringen durch Begleichung der Beiträge bis zum Tage des Militäreintrittes und Abmeldung aus der Organisation. Das Mitgliedsbuch oder Karte muß dann bei Anverwandten, noch besser beim Hauptvorstand zur Aufbewahrung abgeben werden. Diejenigen, welche so handeln, sichern sich ihre bereits erworbenen Rechte in der Organisation nach verbrachter Militärzeit. Hierüber bestimmt der § 2 des Unterstückerreglements:

Frühere Mitglieder, die vom Militär zurückkehren und Unterstützung beanspruchen, haben nur ein Anrecht auf solche und sind nur dann der Hauptverwaltung zu melden, wenn sie vor der Militärzeit mindestens ein Jahr dem Verbands angehört und 52 Beiträge bezahlt und sich außerdem bei ihrem Eintritt zum Militär ordnungsgemäß aus dem Verbands abgemeldet haben.

Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden, nach den Vorschriften des Statuts zu handeln.

Recht bald werden die zwei bzw. drei Jahre vorüber sein und mit dem Freudenruf: Parole Heimat! kehren dann die Kollegen wieder in unsere Reihen zurück. Für die Dienstpflichtigen ist allerdings diese Zeit eine Ewigkeit. Tage, selbst Stunden werden zulezt gezählt, wo der feierliche Moment erfolgt und des Königs Rock ausgezogen wird.

In dieser Zeit werden die Verbandsmitglieder den Kampf ungeschwächt gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit fortführen, so daß, wenn die Rekruten als Reservisten zu uns zurückkehren, ein weiterer Schritt nach vorwärts zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getan wurde. Wohl sind die Zeiten ernst und die Feinde der Arbeiterbewegung lauern im Hinterhalt auf die günstige Stunde, wo sie uns Fesseln anlegen können, aber unbekümmert darum wird weiter zur Erreichung unseres Zieles gestrebt.

Darum, Rekruten, bleibt auch während der Militärzeit im Geiste bei uns und nach Beendigung reißt euch wieder ein in die rote Armee des Klassenbewußten Proletariats!

Zur Arbeitslage.

Die Lage des Arbeitsmarktes war in den verflossenen Monaten August und September ziemlich dieselbe wie in den Monaten zuvor. Gut beschäftigt ist nach wie vor die Maschinenindustrie, die elektrische und die chemische Industrie. Auch das Baugewerbe ist infolge der anhaltend trockenen Witterung gut beschäftigt. Die Textilindustrie klagt seit Monaten über schlechten Geschäftsgang; auch im Kohlenbergbau ist eine Geschäftsflaute. Nach den Berichten der Krankenkassen an das „Reichsarbeitsblatt“ ergab sich am 1. September gegenüber dem 1. August eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten, von zusammen 13 962 Mitgliedern. Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen derselbe geblieben, beim weiblichen Geschlecht ist der Beschäftigungsgrad etwas gestiegen.

Die Ziffern der Arbeitsnachweise zeigen im August eine kleine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat, jedoch eine Besserung gegenüber dem Vorjahr. Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im August 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 142 Arbeitsgesuche gegen 154 im gleichen Monat des Vorjahres und 141 im Vormonat. Bei den weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 90, 87 und 89.

Die Bäder und Konditoren befinden sich unter den Berufsn, deren Verhältnisse sich gegen den Vormonat verschlechtert, gegen das Vorjahr verbessert haben. Auf je 100 offene Stellen für Bäder und Konditoren entfallen im August 1911 130 Arbeitsgesuche gegen 122 im Juli 1911 und 135 im August 1910.

Insgesamt sind von den an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitsnachweisen im August 10 539 Arbeitsgesuche, 8094 Stellenangebote und 7536 Vermittlungen gebucht worden. Wie sich die Vermittlungstätigkeit auf die einzelnen Landesgebiete verteilt, ist folgender Aufstellung zu entnehmen.

Staat, Provinz, Landesteil oder Stadt	Zahl der			Auf jebe offene Stelle entfallen	
	Arbeitsgesuchen	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Beschäftigungsmonat	im Vormonat
Preußen Ost- und Westpreußen	110	118	87	0,97	1,10
Groß-Berlin u. Provinz Brandenburg	8963	8833	8291	1,19	1,09
Provinz Pommern	154	141	141	1,09	1,29
„ Posen	78	87	68	0,82	0,74
„ Schlesien	383	305	300	1,25	1,14
„ Sachsen	188	190	182	0,99	1,10
„ Schlesw.-Holst.	105	74	71	1,42	1,33
„ Hannover	262	159	157	1,65	1,18
„ Westfalen	398	187	146	2,18	2,23
„ Hessen-Nassau	233	111	108	2,10	2,19
„ Rheinland	251	141	98	1,78	2,02
Königreich Bayern	406	297	248	1,39	1,28
„ Sachsen	1053	893	869	1,18	1,05
„ Württemberg	381	400	259	0,95	0,96
Großherzogtum Baden	629	377	338	1,67	1,88
„ Pfalz	11	9	4	1,22	2,00
„ Thüringische Staaten	7	8	2	0,88	1,00
Hamburg	1816	1065	1060	1,52	1,39
Saß-Lothringen	816	204	164	1,55	1,42

Eine Betrachtung der Verhältniszahlen ergibt, daß gegenüber dem Vormonat in zehn Landesgebieten eine Zunahme der Arbeitsgesuchen zu verzeichnen ist, während in neun Landesgebieten eine Abnahme eintrat. Ein starker Andrang von Arbeitsgesuchen war besonders bei den Arbeitsnachweisen in Bayern und der Provinz Hannover zu beobachten; ein bemerkenswerter Rückgang von Arbeitsgesuchen ist für Baden und das Rheinland zu registrieren.

Für die Zuckerwarenindustrie wird berichtet, daß ein Rückgang in der Beschäftigung eintrat; die Kates- und Waffelfabriken sollen normal beschäftigt gewesen sein.

Blinkmanns Helfer in der Not.

Vor dem Hamburger Gewerbegericht kam am 4. Oktober eine interessante Klage zur Verhandlung, die uns mancherlei Einblicke hinter die Kulissen der Streikbrecheragenturen ermöglichte. Die Klage ist auf den Väterstreik in Hamburg zurückzuführen, der infolge des Probenstandpunktes der Innungsführer ausbrach. Die Innungsführer, unter Vorantritt Blinkmanns, mußten nun für die Ausständigen Ersatz schaffen. Da jedoch die Gelben nicht genug Hausbreiter aufreiben konnten, wendeten sich die staats-erhaltenden Stützen an eines der hier bestehenden Streikbrecherbureauaus. Die Auswahl fiel auf den Inhaber des „Bureau für Streikangelegenheiten“ Knoch. Nachdem Knoch in den „Leipziger Nachrichten“ und mehreren Thüringer Zeitungen Inserate losgelassen hatte, in welchen er Streikbrecher, natürlich zu den höchsten Löhnen, für die Hamburger Bäckereien suchte, rüstete er vier seiner Trabanten mit je M 20 aus, um in Leipzig und Erfurt die Menschengüter anzuwerben. Unterwegs wurden sich aber die Zutreiber einig, anstatt nach Leipzig, nach Erfurt zu fahren, um hier ein paar lustige Tage zu verleben. Dort kümmernte sich, der nun als Kläger auftretende Bruhn nicht im geringsten um seinen Auftrag, sondern er amüsierte sich in Gesellschaft eines minderjährigen Mädchens.

Der Kläger dagegen behauptet, Knoch habe sie alle vier mittellos sitzen lassen, so daß sie genötigt gewesen wären, all ihre Fähigkeiten zu verkaufen, um notdürftig ihr Leben zu fristen. Gegen den Vorwurf, nicht gearbeitet zu haben, protestierte er energisch. Gleich nach seiner Ankunft sei er in die Herbergen gegangen, um geeignetes Material ausfindig zu machen, was aber außerordentlich schwer halte, da die Arbeiter dort gut organisiert seien, und man doch immer nur auf unorganisierte Leute fahnden müsse. Auch die inzwischen im Hotel eingelaufenen Offerten habe er in Gemeinschaft mit seinem Kollegen Stein erledigt. Weiter zu arbeiten, wäre ihnen ganz unmöglich gewesen, da sie kein Geld mehr hatten und auf ihre unzähligen Telegramme nach Hamburg um die nötigen Geldmittel nichts erhalten hätten.

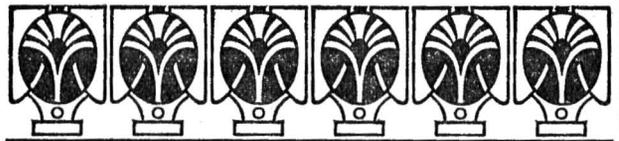
Von dem als Zeugen fungierenden „Mitarbeiter“ Stein, der unter schuhmännlicher Bewachung im Gerichtsaal erschien (wie wir hören, wegen Kollisionsgefahr — vielleicht mit dem Beklagten Knoch, gegen den zahlreiche Prozesse wegen Betrugs schweben?), wurden die Aussagen des Klägers bestätigt. Das Versprechen ihres Auftraggebers Knoch, ihnen sofort nach ihrer Ankunft in Erfurt telegraphisch Geld anzuwelsen, sei ihm gleich bedenklich vorgekommen, da es nicht das erste Mal gewesen sei, daß sie ohne jegliche Mittel unterwegs festgelesen hätten. Da die erhaltenen M 20 nur eben für die Fahrtkosten gereicht hätten, seien sie in Erfurt in bittere Not geraten. Des Morgens in aller Frühe schlichen sie sich bereits aus dem Hotel fort, weil ihnen ein Zusammenreffen mit dem Hotelwirt und dem Personal infolge ihrer Mittellosigkeit peinlich gewesen sei. Den Tag über trieben sie sich in den Stadtanlagen usw. umher, kauften sich für 20 3 Hundstücke und ein Stück Wurst, lebten überhaupt jämmerlicher als Handwerksburschen. Alle überflüssigen Sachen waren bereits ins Pfandhaus gewandert — und immer kam kein Geld aus Hamburg. Nachdem zitra acht Tage verfrachten waren, wurde ihnen von Knoch der Auftrag erteilt, den Arbeitgebern in Erfurt, bei denen die Kollwagenkutscher zu streiken drohten, ihre Dienste anzubieten, und ihnen aus der Verlegenheit zu helfen; sich selbst aber durch Einziehen von Vorschüssen dadurch wieder auf die Beine zu helfen. Trotz aller angewandten Kniffe konnten sie aber dort kein Geschäft machen, nicht einmal dem mit Vollmacht der Firma Knoch ausgestatteten Kläger Bruhn gelang es, bei den Arbeitgebern etwas zu erreichen. Nach neun Tagen kam endlich Geld aus Hamburg. Damit wurden zunächst die Hotelkosten gedeckt und der Rest für die Rückreise verwandt.

Einem weiteren, als Zeugen vernommenen „Mitarbeiter“ ist die Geldsache ebenfalls nicht ganz geheuer vorgekommen. Seine beiden Kollegen hat er in Erfurt verlassen, und ist schleunigst nach Leipzig gefahren, um dort, getreu den Anweisungen seines Auftraggebers, „Arbeitswillige“ zu chartern. Von Bruhn und den übrigen Kollegen will er nichts mehr gesehen und gehört haben. Auch seine vielen Geldtelegramme nach Hamburg blieben ohne Erfolg und seine Frau mußte ihm mit M 20 aus der drückenden Verlegenheit helfen. Endlich gelang es ihm dann, zehn weitere Hausbreiter anzuwerben, und mit ihnen ist er nach Hamburg zurückgekehrt. — Was nun der Vierte im Bunde für seine Firma geleistet hat, war aus der Verhandlung nicht zu entnehmen, erwähnt mag noch werden, daß Schramm nicht mehr bei Knoch, sondern bei Auguste Müller seine „teure Arbeitskraft“ aufwendet. Viel Heiterkeit erregte die Verlesung eines Telegramms des Knoch an seine Leute, welches den Nachsatz hatte: „etwas beschränkt“ — und von seiten des Klägers und Zeugen so verstanden ist, als ob man sie selbst für beschränkt oder dumm in Hamburg hielt, jedenfalls weil es ihnen nicht möglich war, sich die erforderlichen Geldmittel zu verschaffen.

Das Gewerbegericht schlug den Parteien vergeblich eine gütliche Einigung vor. Vom Kläger wurde der Antrag gestellt, den Hotelwirt in Erfurt als Zeugen darüber zu vernehmen, daß er tatsächlich für Knoch gearbeitet habe.

Seinem Antrage wurde stattgegeben, und die ganze saubere Sache wird das Gericht nochmals beschäftigen.

Unbekümmert um den Ausgang der Klage, kann aber jetzt schon festgestellt werden, daß D. G. D. Blindmann, Vizepräsident der Hamburger Bürgerchaft, mit einer moralisch nicht einwandfreien Gesellschaft unter einer Decke arbeitete zur Niederknüpfung der Organisation. Blindmann muß doch die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er das Konterfei seines Streifbrecherzuträgers Trifoliums sieht. Mit einem Menschen ist der Vizepräsident und zweite Obermeister Blindmann direkt oder indirekt in geschäftliche Verbindungen behufs Zutrieb von Streifbrechern getreten, gegen den nach Aussage vor Gericht zahlreiche Prozesse wegen Betrugs schweben. Auch selbst wenn dritte Personen die Aufträge der Innung an die Agentur Knott vermittelten, so trägt Blindmann mit die Verantwortung als Vorstandsmitglied. Ob er sich in diesem auserlesenen Kreise behaglicher fühlt, als bei einem korporativen Arbeitsvertrag in der Tarifkommission, das mag der große Stratege selbst beurteilen.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Antrag der Zahlstelle Hamburg W. Moslar (Buch-Nr. 13 961) wegen Streifbruchs, auf Antrag der Zahlstelle Breslau Georg Furrmann (Breslauer Kartennummer) auf Grund § 11b des Statuts und Hermann Eichner (Buch-Nr. 5802) wegen Diebstahls, auf Antrag der Zahlstelle München Michael Zielbauer (Buch-Nr. 20 715) wegen Verbandschädigung.

Der Vorstand.

J. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 2. bis 7. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für August: Saarbrücken M. 97,80.
- Für September: Solingen M. 151,70, Landshut 383, Köln 445,10, Würzburg 146,60, Eisenach 88, Dessau 75,60, Bieren 22,95, Dresden 3691,25, Essen 317,30, Hannover 484,30, Stendal 23,20, Herford 610,85, Hanau 29,10, Regensburg 374,10, Cassel 236,50, München 3034,30, Hamburg 4837,85, Magdeburg 737,25, Halle 433,50, Coburg 26,15, Schwabach 24,40, Gotha 104,80, Straßburg 85,45, Bremen 518,70, Frankfurt 1574,90.

Von Einzelnählern der Hauptkasse: C. F. Lugano M. 6, D. Sch. Weimar 31,80, M. K. Heilbronn 3, G. S. Bruel 4, D. K. Stadtilm 13, A. W. Greußen 3, F. St. Freistadt 3,50.

Für Abonnements und Annoncen: J. M. Hamburg M. 2, „Märkische Tageszeitung“ 60, H. Oberbühne-Weide 4,50, A. R. München 12, München 6,60, A. D. Hamburg 4, Zentral-Krankenkasse: Elberfeld 15,80, München 19,80, Halle 23,10.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Hannover M. 2, Halle 6, Gotha 12.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

Spätestens am 14. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag für 1911 (15. bis 21. Oktober) fällig.

Aus den Bezirken.

Bremen. Bureau, Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich Grafenstr. 30.

Düsseldorf. Die Adresse des jetzigen Vorsitzenden der Zahlstelle ist: Markus Scheuer, Mettmannstraße 15, 1. Et.

Chemnitz. Die Adresse des jetzigen Vorsitzenden der Zahlstelle ist: Rich. Rhemus, Lessingstr. 14, 2. Et.

Rostock. Die Adresse des Vorsitzenden ist: August Krains, Waldemarstr. 11, 1. Et.

Suhl i. Th. Die Zentralherberge des Gewerkschaftsartikels befindet sich im Restaurant „Dombergs Ansicht“. Reiseunterstützung wird von E. Stiebritz, Konsumbäckerei in Heinrichs i. Th. ausbezahlt.

Sterbetafel.

Leipzig. Karl Marggraf, Bäcker, gestorben am 6. Oktober im Alter von 38 Jahren.

Limbach. Josef Meisinger, Bäcker, gestorben 4. Oktober an Halsleiden.

Nürnberg. Friedrich Kirschbaum, Lebküchner, gestorben am 7. Oktober im Alter von 49 Jahren.

Ehreihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Tarifabschluss in der Chemnitzer Brotfabrik Paul Schubert. Mit genannter Firma und unserer Organisation wurde am 25. September ein Tarifvertrag vereinbart, nach welchem die Arbeitszeit inklusive der Essenspausen täglich eine zwölfstündige ist und der Wochenlohn M. 22,50 bis 25,50 beträgt. Ueberstunden werden mit 55 % bezahlt.

Die Lohnerhöhung beträgt für den einzelnen M. 1,50 bis M. 3,50. Außerdem werden bei einer Beschäftigungsdauer bis zu einem Jahre drei Tage, nach einem Jahre acht Tage Ferien gewährt. Ebenfalls sind bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Bestimmungen getroffen, nach welchen nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre bei Krankheitsfällen und militärischen Übungen der Lohnausfall für zwei Wochen weiter bezahlt wird. Desgleichen wurde der Arbeitsnachweis anerkannt. Der Vertrag endet am 1. Juli 1913; erfolgt die vorgesehene vierwöchige Kündigungsfrist nicht, so tritt eine Verlängerung um ein Jahr ein. In Betracht kommen elf Kollegen, die nun mit Hilfe der Organisation insgesamt einen wöchentlichen Mehrverdienst von M. 33,50 erreichten.

Nun gilt es für die Kollegen, in den tariftreuen Betrieben alles einzuführen, daß auch in den Kleinbäckereien andere Zustände in den Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz greifen. Das wird auch gelingen, wenn alle Mitglieder die Aufklärungsarbeit betreiben.

Fabrikbranche.

Lohnbewegung in der Bonifatienfabrik von Friedrich Voß in Halle a. d. S. Seitdem im vorigen Jahre in den Fabriken in Halle einigermaßen reges Leben unter den Kollegen entstanden ist, ist immer mehr der Gedanke wach geworden, nun auch einmal in allem Ernst daranzugehen, die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Man hätte nicht geglaubt, daß ein Betrieb, der noch vor Jahresfrist völlig frei von jeder Organisation war, der erste sein würde, wo die Kollegen Forderungen stellen würden.

Auf einen Zwischenfall bei der Bewegung in Wolfenbüttel hin gelang es, endlich einmal alle Beschäftigten in eine Betriebsversammlung zu bringen; dort zeigte es sich, daß die Kollegen alle, bis auf zwei oder drei, für die Organisation zu gewinnen seien, und der Anfang wurde auch logischer gemacht. Nach kurzer Zeit waren nur noch wenige Unorganisierte vorhanden und man konnte sich endlich mit der Aufstellung von Forderungen befassen. Dieselben wurden in Form eines Tarifes am 22. September ein-



Zuzug nach den Bezirken fernhalten, wo die Kollegen in Lohnbewegung stehen

gereicht und am 27. September mit dem Unternehmer verhandelt. Das Ergebnis war, daß alle materiellen Forderungen, ein Minimallohn von M. 22, 10 pzt. Aufschlag für Ueberstunden und eine dreistündige Arbeitszeit pro Woche bei Lohnausgleich, anerkannt wurden. Der Abschluß eines formellen Tarifvertrages wurde zurückgestellt, bis den andern Unternehmern ebenfalls solche Forderungen unterbreitet worden sind.

Mit diesem Erfolg können sich die Kollegen schon freuen lassen; denn der bisherige Mindestlohn betrug M. 18,50. Ebenfalls ist die höhere Bezahlung der Ueberstunden in Halle leider fast in noch keinem Betriebe eingeführt.

Eines mag diese Bewegung den halleschen Kollegen lehren: Wenn die Mitglieder fest auf die Organisation vertrauen, werden sie auch stets Vorteile durch dieselbe erlangen.

Bei der Gelegenheit wollen wir gleich mit erwähnen, daß die Firma David Söhne in Büschdorf alles anbietet, die Organisation in ihrem Betrieb auszumergen. Diese Firma züchtet mit Vorliebe Reichsverbändler. Da sieht der Unternehmer nicht, was die Leute leisten. Ferner könnten wir hier an einem drastischen Beispiel zeigen, was ein Wort eines Unternehmers wert ist, auch wenn er es schriftlich gibt. Das eine steht aber fest: Die Herren Fabrikanten sollen sich nicht einbilden, daß sie die Organisation oder die Unzufriedenheit der schlechtst bezahlten und behandelten Arbeiter mit den Traktaten des Reichsverbandes austreiben können. Nur immer mehr Sprengstoff wird sich ansammeln und eines Tages zur Entladung kommen.

Kollegen, nehmt Euch die obigen Erfolge zu Herzen und arbeitet unermüdet mit am Ausbau der Organisation!

Die Lohnbewegung in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelfabrik Dresden. Am 30. September sind sämtlichen Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche zugestellt worden mit dem Ersuchen, bis zum 6. Oktober zu erklären, ob sie zu Verhandlungen bereit sind. Ebenso ist dem Verbande deutscher Schokoladenfabrikanten (Sitz Dresden) der Tarifvertragsentwurf zugestellt worden. Bis zum 6. Oktober war von nur 7 Firmen (in Betracht kommen 58) eine Antwort eingelaufen, die direkt und indirekt jede Verhandlung über die Forderungen mit den Organisationsvertretern ablehnen. Aus verschiedenen Schreiben geht hervor, daß die Herren eine Sitzung abgehalten haben, wo sie nach höchstem Ermessen festgesetzt haben, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft die Arbeiter und Arbeiterinnen zu arbeiten haben. Nach diesen Abmachungen soll bezahlt werden: An Arbeiter bis 16 Jahre 15 bis 20 %, über 16 bis 20 Jahre 22 bis 32 %, über 20 Jahre von 34 % an pro Stunde. Gelernte und Spezialarbeiter unter 20 Jahren von 34 % an, über 20 bis 22 Jahre von 40 % an pro Stunde. An Arbeiterinnen bis 16 Jahre 15 bis 17 %, über 16 Jahre 17 bis 22 % pro Stunde. Für Ueberstunden an Wochentagen wollen sie einen Zuschlag von

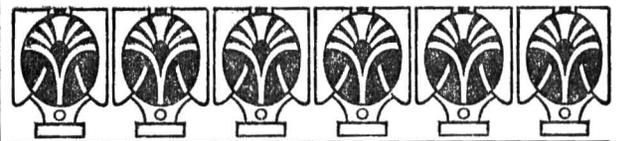
20 pzt., an Sonntagen von 30 pzt. zahlen. Ferien sollen gewährt werden nach zehnjähriger Beschäftigung sechs Tage bei Gewährung der Hälfte des festgesetzten Wochen- oder Stundenlohnes.

Nach einer angeschlagenen Bekanntmachung der Firma Hartwig & Vogel will diese allgemein eine Lohnerhöhung bei Stundenlohnarbeitern um 2 %, bei Arbeiterinnen um 1 % pro Stunde eintreten lassen. Von Ferien ist darin keine Rede. Die Akkordarbeiter (rund 75 pzt. der Beschäftigten überhaupt) will man vollständig leer ausgehen lassen. Dieses unglückliche Verhalten begründet man mit der enormen Steigerung der Rohmaterialien. Dabei steht fest, daß sämtliche Fabriken außerordentlich billige Abschlässe laufen haben, so daß sie von dieser Preissteigerung gar nicht berührt werden. Außerdem ist am 1. Oktober eine Preissteigerung der Industrieerzeugnisse in Kraft getreten, die die Steigerung der Rohmaterialien vollkommen aufwiegt. Die Geschäftsergebnisse in der Industrie werden in allen Berichten als außerordentlich günstig, wie nie ein Jahr zuvor, bezeichnet. Den besten Beweis bietet der Geschäftsbericht der Firma Hartwig & Vogel selbst. Es heißt da unter anderem:

... Die Umsätze erfuhren sowohl im deutschen als auch im österreichischen Betriebe eine so beträchtliche Steigerung, wie sie seit Bestehen des Unternehmens nicht zu verzeichnen gewesen ist. Der Konsum hob sich insbesondere in den jetzt so beliebten feinschmelgenden Schokoladen, sowie in Kakaopulver, so daß die Verwaltung Mühe hatte, durch Neuaufstellung zahlreicher Maschinen den Ansprüchen gerecht zu werden. ... Nach M. 359 505 Abschreibungen (M. 303 121 im Vorjahre) und einschließlich M. 72 870 Vortrag, ergibt sich ein Reingewinn von M. 669 836 (M. 629 361) zu folgender Verteilung: Dem Reservecapital M. 29 848 (M. 631 458) als 8 pzt. (7 pzt.) Dividende an den Aufsichtsrat M. 19 679 (M. 18 687), Zuweisungen an die Jubiläumsgesellschaft M. 5000, Gratifikationen an Beamte M. 15 000 (0), Vortrag auf neue Rechnung M. 120 309. Für das laufende Geschäftsjahr bestehen günstige Aussichten; denn der Geschäftsgang ist ein andauernd lebhafte.

So wie die Firma Hartwig & Vogel arbeiten alle Fabriken, teilweise sogar noch günstiger. Angesichts dieser Riesengewinne noch davon zu reden, daß die als beschwerden anzusehenden Forderungen viel zu weitgehend seien, ist, gelinde gesagt, ein starkes Stück. Auf die Forderungen, die auf hygienischem und sanitärem Gebiete liegen, hat man überhaupt nicht reagiert, ebensowenig auf die Forderung der direkt als unbillig zu bezeichnenden Leibesvisitation. Als Ablehnungsgrund gibt die Firma Hartwig & Vogel eine weitere sehr niedliche Begründung in ihrer Bekanntmachung. Sie schreibt: Wir lehnen denselben (Tarifvertrag) ab. Weil erstens nach den bisherigen Erfahrungen weiterer Arbeitgeberkreise die Arbeitnehmer und ihre Organisationen keine Gewähr dafür bieten, daß die Tarifverträge eingehalten werden. ... Diese beweislose Behauptung ist ja zweifellos nicht im Fabrikfontor von Hartwig & Vogel entstanden, sondern wird dort nur nachgehbetet. Im Gegenteil könnte gegenüber den Herren Arbeitgebern jederzeit bewiesen werden, daß in ihren Reihen Tarifbrüche gang und gäbe sind.

Es wird nunmehr das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Bei der bekannten Stellungnahme der Großkapitalisten den Einigungsämtern gegenüber besteht wenig Aussicht, daß es dort zu Verhandlungen kommen wird.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Bayreuth. Donnerstag, 5. Oktober, fand eine Bäckerhilfsversammlung statt, in der Kollege Hechtel-Nürnberg über: „Die Forderungen und Kämpfe der deutschen Bäckerhilfen und die Verhältnisse der Bayreuther Kollegen“ referierte. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen, und traten zwei Kollegen der Organisation bei. Kollege Werner sprach im Sinne des Referenten und führte unter anderem aus, daß sich die Bäckermeister am hiesigen Orte gegen die Gehilfenschaft alles mögliche erlauben, was darauf zurückzuführen ist, daß sich dieselben eben nicht um die Verbesserung ihrer Lage kümmern. Löhne von M. 4 bis M. 5 pro Woche werden vielfach noch bezahlt, dazu ist die Arbeitszeit übermenschlich lang. Es wurde beschlossen, in Zukunft jeden Dienstag Gewerkschaftstag abzuhalten, um mit den jüngeren Kollegen etwas mehr Fühlung zu bekommen. Auch wurde betont, daß jeder einzelne soweit wie möglich mit in die kommende Agitation eingreifen muß. Kollege Hechtel versprach, öfter zu kommen, um in den Wintermonaten ein reges Leben unter die Kollegen zu bringen. Nachdem noch verschiedene Anweisungen bezüglich der Konsumeinrichtung vom Bezirksleiter erläutert worden waren, schloß Heinz die von gutem Geiste besetzte Versammlung.

Anmerkung des Schriftführers: Kollegen, nun gilt es, mit ganzer Kraft an die Agitation zu gehen, dann werden auch für uns Bayreuther Kollegen die Erfolge nicht ausbleiben. Zusammenkunft jeden Dienstag bei Drei, Kirchgasse.

Hannover. (Sonderbare Praktiken bei der Arbeitsvermittlung.) Für die arbeitslosen Bäckergehilfen haben sich im neuen Bäckeramtshause be-

denkliche Mißstände herausgebildet. Die Arbeitslosen sind dort gehalten, in der Wirtschaft direkt vorm Trefen darauf zu warten, daß ihnen eventuell Arbeit angeboten wird. Trotz den Bestimmungen des Stellenvermittler-Gesetzes. Die Arbeitslosen sind also direkt gezwungen, jeden Tag etwas zu „verzehren“. Daß das bei längerer Arbeitslosigkeit fast unerträglich ist, ist ganz erklärlich. Es wird sogar behauptet, der Wirt versuche einen direkten Druck auf die Arbeitslosen auszuüben. Er habe am 2. Oktober sich darüber beklagt, daß nur vier Arbeitslose im Innungshaus schlafen und nachmittags zirka 40 Arbeitslose zur Arbeitsausgabe erscheinen. Er habe dann festgestellt, wer von den Arbeitslosen dort übernachtet hatte und erklärt, daß diese in der Arbeitsausgabe bevorzugt werden sollten. Die Namen dieser Festgestellten seien dann dem Arbeitsvermittler überbracht worden. Hoffentlich veranlassen diese Zeilen sofortiges Einschreiten der Aufsichtsbehörde gegen diesen Un-
 Wenn der Wirt nicht auskommen kann, dann möge er sich an die Unternehmerorganisation halten. Er hat kein Recht, in der geschilberten Weise zu verfahren.

Kiel. Der Bäckermeister F. im nördlichen Stadtteil Kiels hält im Keller seines Hauses zwei junge Schweine. In dem gleichen Raume werden dicht neben dem provisorischen Schweinestall allerlei Vorräte zum Backen aufbewahrt. Butter, Schmalz, Margarine, Marmeladen, Rosinen usw. lagern in dem Keller und werden durch die Ausdünstungen des Schweinestalles gewiß nicht schmackhafter. Vor kurzem brachen die beiden Vorstentiere aus ihrem primitiven Verschlag aus und machten sich an die Leckerbissen. Der Geselle sah, wie das eine Schwein aus einem Margarinekübel, in dem es mit beiden Vorderbeinen stand, seinen Hunger stillte. Der Bäckermeister hetete die total beschmutzte Margarine durch und verwendete sie trotz des Einspruchs des Gesellen zum Backen von sogenannten Schneden, die für die Besatzung von Kriegsschiffen bestimmt waren. Dieser Fall ist bei der Wohlfahrtspolizei zur Anzeige gebracht worden.

In einem zweiten Falle handelt es sich um folgendes: Der Geselle des Bäckermeisters D. im Norden der Stadt war vor kurzem an der einen Hand mit einem eiternden Geschwür behaftet. Auf die Bemerkung des Gesellen, daß er mit der Hand doch nicht arbeiten könne, meinte der Meister zum Gesellen, daß er, wenn er einen Verband anlege, die Arbeit wohl machen könne. Die Hand verschlimmerte sich aber und das Geschwür ging beim — Teig-machen auf. Daß der Geselle unverantwortlich gehandelt hat, indem er trotz des eckhaften Geschwürs an die Arbeit ging, soll nicht bestritten werden, aber die Hauptschuld an dieser geradezu empörenden Schweinerei trifft den Meister, der den Gesellen zur Arbeit weckte und sich selbst zu Bett legte.

Es macht uns wirklich keine Freude, solche Backstube-geheimnisse an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen; aber die Gesundheit und auch das materielle Interesse der Bevölkerung erfordern unter allen Umständen, daß bei Herstellung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln größte Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit obwalten. In wie vielen Fällen Spundnapfe, Waschbecken, reine Handtücher usw. in den verschiedenen Backstuben fehlen mögen, kann man sich ungefähr ausrechnen, wenn sogar solche Eckhaftigkeiten, wie die hier geschilderten, vorkommen können. Die Ueber-schreitung der zwölfstündigen Arbeitszeit, Nichtinnehaltung der Sonntagsruhepausen usw. sind im Bäckereigewerbe vielfach zur Gewohnheit geworden. Eine rühmliche Ausnahme in jeder Hinsicht machen fast sämtliche Bäckerei-großbetriebe. Die Wohlfahrtspolizei dürfte sich ein Ver-dienst erwerben, wenn sie der striktesten Durchführung und Befolgung der Bäckereiverordnung des Bundesrats ihre Energie und Aufmerksamkeit widmen wollte.

Bezirk Mannheim. Wie allerorts, so sind auch hier die Geistesgrößen der verschiedenen Innungen über die Erfolge, die wir bei unsern diesjährigen Lohnkämpfen erzielt haben, vollständig aus dem Häuschen geraten. Tag und Nacht zerbrechen sich diese Herren nun die Köpfe, um Mittel und Wege zu finden, wie man die von der ver-suchten roten Seuche noch nicht befallenen Gehilfen vor der Ansteckung durch dieselbe bewahren und eine Schmäle-rung des dreifach heiligen Profits durch Lohnforderungen hintanhalten könnte. Die fonderbarsten Mittel werden von unsern Zünftlern angewandt, um dieses Ziel zu er-reichen.

In Heidelberg, der weltberühmten Fremdenstadt, wo die Lohnverhältnisse geradezu elend sind, versuchte die Innung, durch acht Mann Militärmusik und einige Hefto-liter Freibier die Gehilfen über ihre traurige Lage hinweg-zutäufeln.

In Ludwigs-hafen, wo man die gefährliche Nach-barschaft Mannheims noch mehr zu fürchten hat, verfiel die Innung auf den genialen Gedanken, schnell mit dem allgeit willigen Gesellenausschuß die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich zu regeln. Diese Vereinbarungen bringen zwar den Gehilfen herzlich wenig Vorteile, sollen aber die Meister vor weitergehenden ernsthaften Forde-rungen von seiten der organisierten Gehilfen schützen. Neben einer horrenden Lohnhöhung von meist 50 % pro Woche enthalten die Vereinbarungen sehr dehnbare Be-stimmungen, wie zum Beispiel: die Arbeit soll an Sonn- und Feiertagen um 8 Uhr beendet sein; die Kost soll vom Meister nicht mehr gegeben werden usw. Wie dieses „Soll“ aufgefaßt zu werden verdient, erhellt am besten aus der Tatsache, daß heute noch einige der Gehilfen-ausschußmitglieder, darunter, wie uns glaubhaft berichtet wird, auch der Allgeselle, sich mit den leeren Fleischtöpfen der Meister zufriedengeben müssen. Die Vereinbarungen müssen auf jeden, der die Ludwigs-hafener Verhältnisse kennt, den Eindruck machen, daß dieselben von der Innung ausgearbeitet und dem Gesellenausschuß einfach zur An-erkennung unterbreitet wurden. Für diese Vermutung spricht auch der Umstand, daß der sonderbare Gesellen-ausschuß es nicht für nötig hielt, in einer öffentlichen Ver-sammlung den Kollegen von der angeblichen Forderung Kenntnis zu geben oder auch nur ihnen Bericht über den Verlauf der sogenannten Verhandlungen zu erstatten. Ohne Kenntnissetzung und hinter dem Rücken eines großen Teiles der Gehilfen hat der Gesellenausschuß das Lechtelmechtel mit der Innung abgemacht. Die Quittung für dieses hinterhältige Verhalten wird dem Gesellen-

ausschuß wohl noch zur rechten Zeit ausgestellt werden. Aber auch die Innungsführer brauchen sich nicht dem Wahne hinzugeben, sie seien nun für längere Zeit vor Lohnforderungen gesichert. Im Gegenteil, die Gehilfen, die man glaubte kaltstellen zu können, werden nun erst recht alles tun, um zu gegebener Zeit, unbekümmert um die jetzigen Zimmervereinbarungen, den Herren die For-derungen zu präsentieren und dieselben auch mit allem Nachdruck in den Betrieben durchzuführen. Das feinste Geschäft bei dem Abschluß der Lohn- und Arbeitsbedingungen machten die Bäckermeister selbst. Sie erhöhten gleich darauf den Brotpreis um 2 1/2 pro Kilogramm und begründeten diese enorme Preißeckelung mit der Mehls-preiserhöhung. Die Gehilfen hatten das Nachsehen; mögen sie sich bei ihrem famosen Gesellenausschuß bedanken, der ihre Interessen mit Füßen getreten hat.

London. Ueber die Versammlungen, die gelegentlich ihrer Auslands-tour unsere Kollegen Allmann und Friedmann in London abgehalten haben, geht uns jetzt von dort noch ein ausführlicher Bericht zu, aus dem wir das Wesentlichs-te wiedergeben: In der am 27. August stattgefundenen öffentlichen Bäcker- und Konditorenversammlung, der am 26. August eine vom kommunistischen Klub veranstaltete öffentliche Versamm-lung vorausging, in welcher die Kollegen Allmann und Friedmann über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerk-schaftsbewegung“ gesprochen hatten, referierte Allmann über: „Die diesjährigen streikreichen Kämpfe in Deutschland“ und Friedmann über: „Zweck und Ziele der Organisation und was mit dieser erreicht werden kann“. Dann ging Kollege Lech mit den Anwesenden (es waren fast ausschließlich Indifferente), ordentlich ins Gebet und geißelte auch besonders das hiesige Stellenvermittlungswesen. Allen Rednern wurde reicher Beifall zuteil.

Am 31. August fand dann eine Betriebsversammlung der Firma Lyons & Comp. in West Kensington statt. Von den 80 deutschen Kollegen, welche bei dieser Firma beschäftigt sind, hatten nur zehn den Mut, zur Versammlung zu kommen, da ein Quertreiber die Parole ausgegeben hatte, daß jeder Versammlungsbesucher die Entlassung bekäme. Allmann und Friedmann schilderten die Errungenenschaften des Verbandes in Deutschland; auch in London könnte das gleiche erkämpft werden, wenn sich alle organisieren und mithelfen wollten, die Organisation auszubauen. Genosse Hill, Distriktssekretär der englischen Union, riet ebenfalls sehr eindringlich und forderte die Kollegen auf, sich zunächst der deutschen Zahl-stelle anzuschließen.

Am 2. September fand eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Die Mitglieder waren sehr enttäuscht zu hören, daß Allmann und Friedmann schon wieder abgereist wären, nahmen aber den Bericht der Verhandlungen über die internationale Verbrüderung mit Freuden entgegen. Mehrere Kollegen sprachen die Hoffnung aus, daß, wenn die englische Bruderorganisation sich dem internationalen Sekretariat anschloße, die Feindseligkeiten und Zersplitterung in der gesamten Kollegen-schaft in London aufhören würde. In der Hoffnung, daß der Anschluß perfekt würde, wurde eine Kommission gewählt, welche die Statuten der englischen Or-ganisation genau durchnehmen und etwaige Vorarbeiten und Schritte tun soll, daß diese Statuten mehr zeitentsprechend geändert werden.

Am 16. September fand nochmals eine Betriebsver-sammlung der Firma Lyons & Comp. statt. Diesmal war der vierte Teil der dort beschäftigten deutschen Kollegen erschienen. Genosse Blittersdorf verstand es ausgezeichnet, Zweck und Nutzen der Organisation den Anwesenden vorzutragen. Kollege Wiese schilderte das Bäckerelend in London im allgemeinen und ging dann mit seinen Aus-führungen auf den Betrieb von Lyons über. Einige Kollegen leisten im Berraten ihrer Nebentkollegen bei den dortigen Managern ganz niederrichtiges. Diese Schmarotzer werden einerseits durch das System, welches bei der Firma herrscht, großgezogen und andererseits durch die Uneinigkeit der Kollegen erhalten. Ein Hauptübelstand sei, daß keine Kündigung gegeben, noch verlangt wird, so daß die Firma die ihr miß-liebig gewordenen Arbeiter jederzeit auf das Pflaster setzen kann. In der Diskussion wurde den Kollegen, welche ohne Kündigung entlassen werden, empfohlen, ihr Recht an zu-ständigem Gericht geltend zu machen, da die Firma sich nach den Landesgesetzen zu richten habe. Wiese erklärte noch, daß die Zahlstellenleitung solchen Kollegen mit Rat und Tat helfen werde; er appellierte an die Versammelten, sich der Organisation anzuschließen und munter zu agitieren, damit die nächste Versammlung besser besucht und dann die Uebel-stände beseitigt werden könnten. Bemerkenswert sei noch, daß die Firma verschiedene Tausende Personen beschäftigt, unter denen nur einzelne organisiert sind. Während des Eisenbahnstreiks wurden 79 Arbeiter aus dieser Firma zur Verstärkung der Polizei herangezogen, um auf ihre eigenen Klassenbrüder einzuwirken zu können. Wenn die Arbeitsverhältnisse für die deutschen Kollegen bei der Firma auch nicht die schlechtesten sind, so bedeutet doch der Gewinnanteil, welcher den Arbeitern in Form des Lohnes (26 und 28 sh Minimallohn) zufließt, ein Nichts gegen die kolossalen Ueberschüsse, welche beim letzten Halb-jahresabschluss derart waren, daß 60 pSt. Dividende in die Taschen der Aktionäre flossen. Die Kollegen von Lyons haben hier den kräftigsten Beweis, daß durch ihrer Hände Arbeit und mit ihrem Schweiß ungeheure Reichtümer geschaffen werden, welche aber nur an dem einen heuereisen und sorgenfreien Leben ermöglichen. Darum trete jeder in seine Berufsorganisation ein, damit dem Bäckerelend, das hier in London geradezu zum Himmel stinkt, ein Ende bereitet wird. Zunächst muß mit den Blutaugern, den Stellenvermittlern, aufgeräumt und dann zur Behebung der andern Berufs-mißstände geschritten werden. Alle Ausreden, welcher Art sie auch seien, sind nur ides Geschwätz. Sinein in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle London, sei die Parole! Das Mißtrauen, welches durch die schlechte und gewissenlose Führung vorher bestandener Unions herbeigeführt worden ist, muß endlich aufhören! Unsere Zahlstelle besteht seit dem 6. November 1910 und feiert am 11. November dieses Jahres ihr einjähriges Bestehen. Sie hat es trotz aller Anfeindung und aller Zersplitterungsversuche bereits zu einer erfreulichen Höhe gebracht. Jedes Mitglied hat das Recht, Einsicht in die Geschäftsleitung und das Kassenge-baren zu nehmen. Der bitteren Giftpflanze „Mißtrauen“ ist der Boden entzogen; das Vertrauen muß ersprießen.

Darum fasse jeder nun den Entschluß, mit uns zu kämpfen denn, wer nicht kämpft um sein Recht, bleibt ein Knecht! Wir aber bekämpfen die Knechtseligkeit und wollen freie Männer sein. Unsere Versammlungen finden fortan jeden ersten und dritten Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, in 107 Charlotte Street und jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Public House „Old Parr's Head“, Blyth Road, West-Kensington, statt.

Am 23. September, abends 8 Uhr, fand wieder eine Mitglieder-versammlung, welche stark besucht war, statt. Als Gast war Kollege Stins, Organisier von der englischen Union, zugegen und erregte uns mit einer Ansprache, er teilte mit, daß Allmann mit dem Generalsekretär Jenkins in reger Korrespondenz zwecks internationaler Verbrüderung und gegen-seitigen Unterstützungsvertrages stehe. Redner hoffe und wünsche nichts Sehnlicheres, daß die Verhandlungen mit Erfolg gekrönt würden, um dann gemeint gemeinsame Ziele zu ver-folgen und besonders den achtstündigen Arbeitstag im Bäcker-gewerbe zu erkämpfen. In der Diskussion wurden der englischen Union verschiedene Vorwürfe gemacht, worauf Kollege Stins erwiderte, daß er dafür nicht verantwortlich gemacht werden könnte; was geschehen sei, solle vergessen sein und lieber von jedem dazu beigetragen werden, daß die Zukunft sich besser gestalte. Kollege Althenhofer gab den Statutenkommissionsbericht und erklärte, daß die Statuten nicht zeitgemäß seien und der darin festgesetzte Minimallohn für French und Vienna Bakers nicht maßgebend sei, sondern mindestens auf 32 sh festgesetzt werden müsse. Valentin Heimbücher gab den Be-richt über die Arbeitsnachweisfrage und erklärte, daß die gesamten Anfunten auf 65 bis 70 sh wöchentlich kommen würden, so daß jede Organisation (es wollen sich hieran die Kellner und Friseur noch beteiligen) 22 bis 25 sh wöchentlich beitragen müsse. Kollege Köhler stellt den Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrags, weil unsere Lokalkasse diese Kosten nicht bestreiten könne. Der Vorsitzende Wiese tritt dem Antrag entgegen und erklärt, daß er noch verfußt sei; die Kommission solle vorerst mit einem aus-führlichen Bericht kommen. Daß die Bäcker jetzt nicht 22 bis 25 sh aufbringen können, müsse jedes Mitglied wissen; er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Kosten von den Gewerk-schaften prozentual aufgebracht werden müssen, wie dies schon in früheren Sitzungen beschlossen sei und könne keine Rede davon sein, daß eine kleine Gewerkschaft ebensoviel bei-zutragen habe, wie eine größere; darauf könnten wir uns nicht einlassen, weil wir uns sonst ruinieren würden. Wenn bei prozentualer Besteuerung die Kosten für uns noch zu hoch sein sollten, wäre der Antrag wohl zu berücksichtigen; auch müsse ein Betrag für Agitation bleiben.

In dieser Versammlung sowie in den letzten Versamm-lungen wurden viele Aufnahmen gemacht.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Das Genossenschaftswesen und die Bäckermeister-organisationen. Von den Unternehmern im Bäckergewerbe wird am lautesten gegen die Konsumvereine ins Feld ge-zogen. Auf die Inkonsequenz dieses Verhaltens haben wir schon wiederholt hingewiesen, weil doch im selben Moment, wo die schärfsten Geschütze gegen die Konsumvereine auf-gefahren werden, die Vorteile der Einkaufsgenossenschaften im Bäckergewerbe geschildert und die Innungsmitglieder zur genossenschaftlichen Betätigung erzogen werden sollen. Auf dem „Germania“-Verbandsstag in Stuttgart wurde in derselben Weise verfahren. Nun veröffentlicht M. Krause in der „Sünterschen Bäcker- und Konditorzeitung“ eine Abhandlung über „Die Einkaufsgenossenschaften im Bäckergewerbe“. In dieser Arbeit wird der Gesamtumsatz, Reingewinn usw. von 32 Einkaufsgenossenschaften zusammen-gestellt. Auf Vollständigkeit hat jedoch die Zusammen-stellung keinen Anspruch. In den Tabellen fehlen mehrere größere Einkaufsvereinigungen mit bedeutenden Jahres-umsätzen. Die aufgeführten Genossenschaf-ten hatten im Jahre 1909 einen Gesamt-umsatz von M 7 342 275, bei einem Reingewinn von M 880 377. Den höchsten Umsatz von M 797 288 weist die Genossenschaft in Chemnitz auf; an letzter Stelle mit M 18 904 steht Gunzenhausen. Sämtliche Genossenschaften hatten am Jahres-schluss 1261 Mitglieder. Mit Ausnahme von Frankfurt a. M., welches M 5107 Ver-lust hatte, erzielten sämtliche Genossenschaften Reingewinne. Der höchste Reingewinn von M 207,97 pro Mit-glied entfällt auf Steele und Rebehar kommt mit M 2,88 an letzter Stelle.

Im Jahrbuch des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes für 1910 sind 124 Bäckergenossenschaften aufgeführt, von welchem 58 berichtet hatten. Diese hatten einen Ge-samtumsatz von M 12 719 126 bei einem Mitgliederstande von 2201.

Das Genossenschaftswesen ist im Bäckergewerbe noch jüngeren Datums. 1900 wurden in Berlin und Ansbach die ersten Einkaufsgenossenschaften gegründet. In den folgenden Jahren wurde emsig an dem Ausbau der Ge-nossenschaften gearbeitet, 1908 brachte sogar zwölf Neu-gründungen. Innerhalb dieser Zeit hat sich ein mächtiger Aufschwung des Genossenschaftsgedankens ergeben. Der Verfasser kommt aber zu einer eigenartigen Schluß-folgerung. Er schreibt: „Im Zusammenschluß sind noch große wirtschaftliche Kräfte verborgen, die nur an das Tageslicht herangezogen zu werden brauchen. Das Ge-nossenschaftswesen gibt in großartiger Weise Gelegenheit, die wirtschaftlichen Einzelkräfte im Bäckergewerbe zu einer großen wirtschaftlichen Macht zu gestalten, die dem Bäckergewerbe später ähnliche Dienste tun wird, wie es leider heute — zum Schaden des Bäckergewerbes — mit dem Konsumvereinswesen im Ar-beiterstande der Fall ist. Die Schäden, die das Konsum-vereinswesen aber dem Bäckergewerbe geschlagen, lassen sich, wenn erst das Genossenschaftswesen im Bäckergewerbe selbst richtig entwickelt ist, dadurch zum großen Teil wieder ausgleichen. Es ist deshalb kein Widerspruch, wenn die Schäden, die das Genossenschaftswesen — also die Konsum-vereine — aus andern Berufsständen heraus dem Bäckergewerbe zugefügt, wieder durch Genossenschaften im Bäckergewerbe selbst bekämpft und paralyisiert werden.“

Zugegeben wird, daß durch den Zusammenschluß der wirtschaftlichen Einzelkräfte das Genossenschaftswesen sich zu einer großen wirtschaftlichen Macht gestalten kann. Weil nun die Arbeiter dasselbe tun wie die Bäckermeister und Konsumvereine errichten, darum müssen sie bekämpft und von der Regierung schikaniert werden. Auf der einen Seite wird das Genossenschaftswesen bekämpft, auf der andern, um die Bekämpfung zu ermöglichen, gefördert, und der Verfasser erblickt in solcher schreienden Inkongruenz überhaupt keinen Widerspruch. Wer versteht diese „Logik“?

Das neue amtliche Organ der Bäcker-Zwangsinnung in Berlin erscheint seit 1. Oktober unter dem Namen „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“. Als Vorläufer des Organs bestanden die „Berliner Bäckerzeitung“ für die Germania-Innung und die „Konfordia-Fachzeitschrift“ der Konfordia-Innung. Durch den Zusammenschluß beider Innungen zu einer Zwangsinnung wurden die beiden Zeitungen überflüssig und wurde beschlossen, unter obigem Titel das Publikationsorgan herauszugeben. Wer jedoch glaubte, daß sich mit der neuen Organisation und dem neuen Fachblatt das soziale Verständnis unter den Berliner Unternehmern heben wird, der ist durch die erste Nummer der „Fachzeitung“ arg enttäuscht worden. Die neue Hülle überdeckt nur den morschen Bau der Unternehmerorganisation. Es bleibt alles beim alten; dafür hat die vorliegende erste Nummer der Innungszeitung den Beweis erbracht.

Konferenz der Freien Bäckermeister-Vereinigungen. In „Die deutsche Bäckerei“, dem Organ der „Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend“, werden in einem Aufruf alle Bäckermeister und Innungen, welche mit den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages nicht einverstanden sind, zu einer Konferenz am 18. und 17. Oktober nach Dresden eingeladen. Die Tagesordnung umfaßt unter andern: Gesehndikat und seine Bekämpfung; der engere Zusammenschluß der Freien Vereinigungen Deutschlands; das Genossenschaftswesen und die Bäckermeister; das Verbot von Sonntag zu Montag und Tarifverträge und Tarifkommissionen. Es ist ja kein Geheimnis mehr, daß ein großer Teil der Unternehmer mit dem Ausgange des „Germania“-Verbandstages unzufrieden ist. Im Aufrufe wird darüber gesagt: „Die Unfähigkeit der meisten Innungen, bessere Verhältnisse zu schaffen, ist schon längst bewiesen; die Krone des Schlendrians hat nun der „Germania“-Verbandstag in Stuttgart erneut aufgedrückt. Die Lohn- und Gesehndikat sind in einer Weise erledigt worden, die jedem gesunden Sinn und Menschenverstand Hohn sprechen. Nicht ein Jota kam aus diesem Bäckerparlament heraus, welches uns Verständnis für eine vernünftige Gewerbepolitik zeigte.“ Als Einberufer der Konferenz zeichnet Herr Emil Schöne, Dresden-Lößtau, Kesselsdorfer Straße 45. Ueber den Ausgang der Tagung werden wir berichten.

Die Innungspresse als Tummelplatz von Gemeinheiten. Das in Leipzig erscheinende „Central-Blatt für Bäcker und Konditoren“ leistete sich in Nr. 40 eine Gemeinheit, die wir hier niedriger hängen wollen. Das Blatt schreibt:

„Ein 60 Jahre alter Bäckergeselle, Herrm. Friedr. Mühn aus Mülten, wurde kürzlich verhaftet, nachdem er erst wenige Tage vorher aus der Strafanstalt Hohenstein entlassen war. Die edle Seele war bereits achtzigmal vorbestraft. Hoffentlich kommt's zur „100“, das gäbe dann eine Jubiläumstrafe.“

In derselben Spalte können wir noch lesen: „Mach schütze dich! — Kenno schämt sich nit — 's Madel radelt weiter — is halt ooch 'n bissl! Standesbewußtsein — he? moanst nit?“

Als verantwortlicher Redakteur zeichnet ein Herr Adolf Böhme, der den Lesern des Zentralblattes eine geistige Kost vorsetzt, die unter allem Luder ist. Es ist ja besonders interessant, von dieser Seite, die sich recht oft über den rohen Ton in der Gewerkschaftspresse entrüstet, die niederste Geistesverrohung feststellen zu können. In der Schadenfreude, daß der 60 Jahre alte Bäckergeselle „hoffentlich zur „hundertsten“ Strafe kommt“, dokumentiert sich die ganze Unternehmerrubrität. Der arme Teufel ist sicher durch die unsagbar traurigen Zustände im Gewerbe, die ihm die Möglichkeit raubten, in seinen älteren Tagen im Berufe verbleiben zu können, auf diese schiefse Bahn gekommen. Wer weiß, wie der Leidensteg dieses bedauernswerten Menschen war? In seinen jungen Jahren war er sicher den Unternehmern ein willkommenes Ausbeutungsobjekt. Heute hofft die Unternehmernpresse, daß „die edle Seele“ zur hundertsten Strafe käme, „das gäbe dann eine Jubiläumstrafe“. Das „Centralblatt“ richtet sich durch die Veröffentlichung dieser Schandnotiz selbst.

Großindustrie.

Hartwig & Vogel N.-G. Dresden. In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Hartwig & Vogel-Aktiengesellschaft wurde beschlossen, der auf den 18. Oktober d. J. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen eine Dividende von 8 pzt. auf das Aktienkapital von M 6 000 000 zur Verteilung zu bringen. Hoffentlich kann der Generalversammlung auch gleich berichtet werden, daß die Betriebsleitung angeht, der allgemeinen Feuerung und aus allgemeinen Vernunftgründen den bescheidenen Wünschen ihrer Arbeiterschaft Rechnung getragen und ihr die geforderten Lohnzulagen gewährt hat. Die Herren Aktienbesitzer würden dann wenigstens die Sicherheit haben, daß der Betrieb im laufenden Geschäftsjahr vor größeren Erschütterungen bewahrt bleibt und sie auch im nächsten Jahre wieder in aller Gemütsruhe die Prozentchen einstreichen können.

Das Finanzkapital in der Kakaocompagnie Theodor Reichardt in Wandsbek. Ein günstiger Wind wehte uns den Gesellschaftsvertrag und die Gesellschafterliste der Kakaocompagnie in Wandsbek zu. Das Kapitalistenkonzern versteht es ausgezeichnet, die „hohen“ und „höchsten“ Herrschaften durch Abnahme von Aktien für die industriellen Unternehmungen zu interessieren. Dieses Geschäft ist auch immerhin noch viel lohnender als die

Goldklumpen auf einer Bank einstragend anzulegen. Das industrielle Unternehmen bringt außer der Kapitalberzinsung oftmals recht fette Dividenden auf, die sich je nachdem steigern wie die Aktionäre verstehen, das Antriebsystem vollendet auszubauen. Wie in vielen der Aktiengesellschaften das Schwergewicht in einer Hand liegt, so ist das auch hier zu verzeichnen. Generaldirektor Neumann verfügt von den 2 1/2 Millionen Mark Aktienkapital über mehr als die Hälfte, nämlich M 1 287 500. Dementsprechend hat auch der Generaldirektor überall den größten Einfluß. Er gehört dem Aufsichtsrat als ständiges Mitglied an und ist die treibende Kraft des Unternehmens. Unter den übrigen Aktionären befindet sich Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein mit M 50 000, sowie eine Anzahl sonstiger Vorleider, die sich auf mehrere Großstädte im Reiche verstreuen. Es dürfte fraglich sein, ob die Aktionäre außer dem jährlichen Reingewinn auch schon andere Beobachtungen, wie z. B. über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen gemacht haben. Höchst wahrscheinlich ist ihnen unbekannt, daß der Generaldirektor einen dicken Strich durch das Koalitionsrecht der Arbeiter macht und nicht den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation duldet. Die Aktionäre werden sicher auch nicht von den niederen Löhnen informiert sein, welche bezahlt werden. Sie könnten sich, soweit sie ihren Wohnsitz in Hamburg haben, an den Zahltagen selbst überzeugen, wenn sie vor dem Fabriktor stehen und eine Kontrolle vornehmen würden; denn an Zeit mangelt es ihnen sicher nicht, weil sie kaum, wie die Beschäftigten in der Kakaocompagnie, täglich zehn Stunden arbeiten müssen. Für alle diese Vorgänge haben jedoch die Aktionäre keine Zeit übrig, ihre Hauptfache ist, wenn am Jahresluß hohe Reingewinne übrig bleiben werden und fette Dividenden zur Verteilung gelangen. Wie erbärmlich sich die Arbeiter und Arbeiterinnen bei diesen teuren Zeiten durchhungern, in welcher elenden Dürft sie mit ihren ermüdeten Knochen kampieren müssen, das schert die Aktionäre nichts.

Wann werden die Arbeiter und Arbeiterinnen das einsehen und mit dem Millionenheer des organisierten Proletariats Schulter an Schulter kämpfen um mehr Brot, Licht und Luft?

Polizei und Gerichte.

Aus der Bäckerinnung in Frankfurt a. M. Vom hiesigen Schöffengericht für Privatbeleidigungslagen wurde am 9. Juni d. J. der jetzige Obermeister der Bäckerinnung, Pfeil, zu einer Geldstrafe von M 500 verurteilt, weil er das frühere Vorstandsmitglied Binger durch den Vorwurf der Unterschlagung beleidigt haben sollte. Binger war die Seele der Opposition in der Bäckerinnung, nachdem der frühere Vorstand, Couleur Dripler, in dem er auch der Hauptmacher gewesen war, abgesetzt worden war. Die jetzigen Innungsführer machen kein Hehl daraus, daß sie seine Entfernung aus der Innung wünschen, nur dann werde Ruhe und Frieden in die Innung eingiehn. Nun scheint es, als ob Binger auch Anlaß zu einem Vorgehen gegen ihn gegeben habe. Er hat sich, so behaupten seine Gegner, bei der Verteilung der Armenbrote durch Abrechnung nach oben zu viel Prozente berechnet, er soll ferner auf einer Quittung widerrechtlich Ueberungen vorgenommen haben und schließlich spukt da noch eine Zinsgeschichte, bei der es sich um M 700 handelt. Herr Binger hat M 700 Zinsverlust berechnet, weil das Geld für das Armenbrot erst spät angewiesen wurde. Wie der jetzige Vorstand festgestellt haben will, ist es umgekehrt: Binger hat Zinsgewinn gehabt. Alle diese Dinge fasste der Vorstand in das Schlagwort „unehrenhafte Handlungsweise“ zusammen und beantragte in der Innungsversammlung vom 24. März d. J. die Ausschließung Bingers. Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen angenommen. Der Beschluß war aber unglücklich, weil man versäumt hatte, in der Einladung an Binger die Ausschließungsgründe anzugeben. Pfeil berief deshalb eine neue Generalversammlung auf den 11. April ein, zu der Herr Binger geladen wurde, aber nicht erschien. In der Generalversammlung vorausgehenden Sitzung des Vorstandes, in der Aktuar Bink zugegen war, brachte Pfeil zur Sprache, daß in der Innungsfrankentasse außer den M 700, die der frühere Kassierer Barbier unterschlagen hatte und die bereits gedeckt waren, noch ein weiteres Defizit von M 1600 vorhanden sei. Der Vorstand war einstimmig der Ansicht, daß für dieses Manko der frühere Vorstand haftbar zu machen sei, in erster Linie Herr Binger, der nach Flucht des Kassierers Barbier die Kasse eine Zeitlang interimistisch verwaltet hatte. Herr Pfeil trug die Ansicht des Vorstandes der Generalversammlung vor und beantragte im Auftrage des Vorstandes den wiederholten Ausschluß Bingers aus der Innung, da zu den früheren Gründen ein neuer hinzugekommen sei. Der Antrag wurde wiederum angenommen.

In der Begründung des Ausschlußantrages in der Generalversammlung vom 11. April soll nun Pfeil dem Herrn Binger Unterschlagung vorgeworfen haben; deswegen hatte Binger die Privatklage angestrengt. Pfeil bestreitet in der Verhandlung vor dem Schöffengericht entschieden, daß er diesen Vorwurf erhoben habe und auch nur habe erheben wollen. Er habe nur gesagt, Binger sei dafür verantwortlich zu machen. Das sei noch jetzt seine Ansicht und er stehe auf dem Standpunkt, daß er gesamte frühere Vorstand in einer Zivilklage schadenersatzpflichtig gemacht werden müsse. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Rückert, vernahm den Aktuar Bink und den Bäckermeister Friedrichs als Belastungszeugen. Sie konnten zwar nicht behaupten, daß Pfeil das Wort Unterschlagung gebraucht habe, „aber sie hätten es so aufgefaßt, als wolle Pfeil dem Binger Unterschlagung vorwerfen“. Das genügte für Rat Rückert. Als Pfeil darauf drang, daß auch seine Zeugen gehört werden, die es eben anders verstanden hätten, erwiderte der Vorsitzende: „Die sind ebenso parteiisch wie Sie!“ Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und der Vorsitzende schlug auf das Pult, das es brachte. Das Urteil lautete auf die enorme Geldstrafe von M 500 wegen übler Nachrede. Vor der Strafkammer, die auf die Berufung Pfeils in der Angelegenheit verhandelte, kam es anders. Dieses Gericht sagte: Audiatur et altera pars! (Es werde auch die andere Seite gehört!) und vernahm außer den Herren Bink und Friedrichs noch eine ganze

Anzahl von Zeugen, die übereinstimmend bezeugten, daß kein Mensch daran gedacht habe, Herrn Binger vorzuwerfen, er habe die M 1600 unterschlagen. Auch aus den Worten Pfeils habe das kein Mensch herauszuhören können. Zu allem Ueberflusse entschloß sich dem Reichsbeistand Bingers, Dr. Eberheimer, noch das kaiserliche Geständnis, der Vorsitzende des Schöffengerichts Rat Rückert, der die Verhältnisse aus früheren Prozessen kenne, habe von vornherein die Empfindung gehabt, daß auf seiten Pfeils persönliche Gehässigkeit die Triebfeder sei. „Das ist mit ein Grund, weshalb wir das erste Urteil anfechten“, erwiderte Dr. Höpfer, der Verteidiger Pfeils, „ein Richter soll nicht von vornherein Empfindungen haben.“ Die Strafkammer erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung. Es ständen sich zwei Zeugguppen gegenüber, und das Gericht wolle nicht der einen mehr Glauben beimessen als der andern. Das aber sei festgestellt, daß Herrn Binger ein Vorwurf der Unterschlagung nicht treffen könne.

Der beleidigte und bedrohte Herr Friz Mühn in Hannover. Wegen der Beschuldigung, den Polizeiaagenten und Gauerfmalter Friz Mühn beleidigt und bedroht zu haben, hatte sich am 23. September unter Bezirksleiter Weber in Hannover vor dem Schöffengericht zu verantworten. Herr Mühn fühlte sich durch die Bezeichnung Pferdehändler und Seelenverkäufer beleidigt. Die letztere Bezeichnung soll sich darauf beziehen, daß er offen damit renommieren haben soll, er bekomme für jeden Arbeitswilligen, den er wegschaffe, M 10. Bedroht sein will Herr Mühn anlässlich des Berliner Bäckerstreiks. Hierzu hatte Herr Mühn zwölf Streifbrecher angeworben, die Weber durch gütliches Zureden abzuhalten versuchte. Hierbei soll Weber Mühn bedroht haben, daß er ihm den Schädel einschlagen wolle. Sonderbarerweise hat Herr Mühn an dem betreffenden Tage den beiden Schulheuten, die er zu seinem Schutze sich hat vors Haus stellen lassen, nichts von dieser Bedrohung erzählt. Er mußte denn auch in dieser Verhandlung, als man schon einen der Schulheute vernehmen wollte, seine Behauptungen wesentlich einschränken. Herr Mühn verlegte Ehre wurde mit M 10 Geldstrafe repariert und wegen der angeblichen „Bedrohung“ bekam Weber M 20 Geldstrafe. Vor Monaten soll Herr Mühn schon in einer Innungsversammlung damit renommieren haben, daß er Weber jetzt hinter schwedische Gardinen bringen werde. Das ist ihm nun schon zum vierten Male vorbeigelungen.

Die Breslauer Justiz gegen die Bewilligungsplakate. Wie unsere Mitglieder wissen, wurden zahlreiche Prozesse geführt, die entscheiden sollten, ob es erlaubt ist, in einem Laden durch Anschlag seinen Kunden bekannt zu geben, daß man boykottfreie Waren führt. Zuerst hat das Schöffengericht einen Lagerhalter des Konsumvereins „Vorwärts“ freigesprochen und sich damit einer Entscheidung des Kammergerichts angeschlossen. Dann aber kamen Verurteilungen, und am 8. Oktober hat die dritte Strafkammer als Berufungsgericht dahin erkannt, daß das Plakat nicht nur eine öffentliche gewerbliche Mitteilung sei, sondern auch den Zweck gehabt habe, die politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu unterstützen.

Nach unserer Ansicht handelt es sich bei den Plakaten nicht um politische Dinge. Es galt lediglich, den Kampf gegen die halsstarrigen Bäckermeister kräftig zu führen. Dabei spielten die Plakate eine bedeutende Rolle, weshalb es begreiflich ist, daß die Innungsmeister die Polizei und die Gerichte um Schutz baten. Er ist jetzt durch das Urteil der Strafkammer ausgesprochen worden, wird aber den Feinden geregelter Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe nicht viel nützen.

Internationales.

Streik in einer Wiener Zuckerwarenfabrik. In der Zuckerwarenfabrik C a b o s sind am 9. Oktober 400 Personen in den Ausstand getreten. Arbeitsangebote von dieser Firma sind unter allen Umständen zurückzuweisen.

Amerika. (Aus dem Kampfe gegen den Brottrust.) Die neueste Nummer der amerikanischen „Bäckerzeitung“ berichtet über einen Vorgang im Kampfe gegen den Brottrust, der zur schärfsten Kritik herausfordert. Die Labor Day-Ausgabe des „Amerikan Federationist“ nahm Inserate der Ward Bread Company von Newyork auf, einer Firma, gegen welche vom Amerikanischen Bäckerverband der Kampf mit aller Energie geführt wird. Die Labor Day-Ausgabe ist Eigentum der American Federation of Labor, der Zentralinstanz der amerikanischen Gewerkschaften mit Gompers als Präsident, welcher auch der Bäckerverband angeschlossen ist. Die Inserate erschienen in einer Zeit, wo die Kapitalistengesellschaft zu erkennen gab, daß sie bestrebt ist, eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen. Dazu schreibt die „Amerikanische Bäckerzeitung“: „Es gibt keine Entschuldigung für dieses Vorgehen!“ Die American Federation of Labor kann für die unserer Organisation so gefährliche Handlungsweise keine Erklärung finden! In den Kreisen der Federationsleitung wußte man, daß dieser Kampf im Gange war. Die Federationsbeamten können nicht behaupten, daß ihnen dieser Tatsachen unbekannt waren! Und angesichts dieser Tatsachen ist unsere Frage wohl berechtigt: Was hat das zu bedeuten? . . . Vorläufig bleibt uns nichts anderes zu tun übrig, als über den neuesten schändlichen Vorfalle in der amerikanischen Arbeiterbewegung unsere tiefste Verachtung und höchste Enttäuschung auszudrücken, über den neuesten Verrat — absichtlich oder unabsichtlich — den organisierten Bäckereiarbeitern gegenüber, während diese um die Existenz ihrer Organisation kämpfen.“

Diese Worte sind hart, aber berechtigt, wenn man weiß, daß der von unserer Bruderorganisation gegen das Kapitalistenkonzern geführte Kampf sich um Sein oder Nichtsein der Arbeiterorganisation handelt. Der Kampf wird noch dazu mit ungleichen Mitteln geführt. So verfügt der Brottrust über ein Gesamtkapital von 140 Millionen Mark, wolehem aber nur M. 280 000 als

Kampffonds des Verbandes gegenüberstehen. Da sollte die Federation of Labor mindestens so klug gehandelt und in ihrer Tageszeitung sowie sonstigen Zeitschriften eine Anzeige dieser Kapitalisten zurückgewiesen haben. Wenn das nicht mit Absicht geschehen ist, der Vorwurf grober Nachlässigkeit bleibt gegen die Organisationsleitung bestehen. Will sich die amerikanische Gewerkschaftszentrale von diesem berechtigten Vorwurf reinigen, dann hat sie unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, daß sie sich den Kampf gegen den Brottruss zu eigen macht und unserer Bruderorganisation zum Siege verhilft.

Sozialpolitisches.

ssc. Die Schulden des Deutschen Reiches. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Schulden des Deutschen Reiches immer rapider anwachsen. Nach dem kürzlich ergangenen Bericht der Reichsschuldenkommission belief sich der tatsächliche Schuldbetrag des Reiches am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 auf M 5 259 500 000. Der weitest- aus größte Teil hiervon, nämlich über 4 1/2 Milliarden Mark ist in Reichsanleihen gegeben, 340 Millionen Mark bestehen in verzinslichen Schabanweisungen, 120 Millionen Mark sind in unverzinslichen Reichskassenscheinen ausgegeben, 3 1/4 Millionen Mark sind Zinsrückstände usw. Ende des Jahres 1870 betrug die Reichsschuld nur 485 Millionen Mark, im Jahre 1895 betrug sie 2 201 237 800 Mark und am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 bereits M 4 966 500 000. Im Rechnungsjahr 1910 hat sich der Schuldbestand um 293 Millionen Mark erhöht. Die Verzinsung der Reichsschuld hat M 157 658 413 erfordert, das sind M 3 653 410 mehr als das Soll des Etats beträgt. Die Mehrausgabe beziehungsweise das Steigen der Schuld ist durch Begeben der Anleihen von 1909 und 1910 und durch die Einlösung von Schuldscheinen früherer Jahre veranlaßt worden. Es sind im letzten Rechnungsjahre neu begeben worden 500 Millionen Mark vierprozentige und 160 Millionen Mark dreieinhalbprozentige Reichsschuldverschreibungen, während 20 Millionen Mark dreieinhalbprozentige Reichsschabanweisungen bar eingelöst sind und der Ausgabebestand von un- verzinslichen Reichsschabanweisungen sich um 347 Millionen Mark verringert hat. Die Kredite, die am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder verzinslichen Schabanweisungen noch nicht in Anspruch genommen waren, beliefen sich auf M 103 588 665. Auf diesen Betrag waren jedoch 100 Millionen Mark an bereits ausgefertigten, Ende März 1910 noch nicht fälligen unverzinslichen Schabscheinen anzurechnen, so daß zu diesem Zeitpunkt nur ein Kredit von M 3 588 665 offen war.

Ueber den Reichsinvalidenfonds, der nach dem Gesetz vom 25. Mai 1873 insgesamt 561 Millionen Mark betrug, berichtet die Reichsschuldenkommission, daß sein Warbestand sich am Ende des Jahres 1909 noch auf 73 1/4 Millionen Mark bezifferte. Der Fonds ist hauptsächlich in — Reichs- schuldbverschreibungen angelegt.

Man sieht aus allem, daß die ganzen letzten „Finanz- reformen“ nicht imstande gewesen sind, das fortschreitende Schuldenmachen aufzuhalten. Immer weiter geht es den Berg hinab. Wenn das Reich ein Privatmann wäre, hätte es schon längst den Konkurs anmelden müssen. Es steht außer Zweifel, daß der neu zu wählende Reichstag sich wieder mit einer saftigen Steuervorlage befassen muß. Denn so lang es nicht weiter gehen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Organisationsstärke anderer Gewerkschaften. Der Blumenarbeiterverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 581 Mitglieder; der Vermögensbestand betrug M 10 122.

Der Brauereiarbeiterverband blickte vor kurzem auf eine zwanzigjährige Tätigkeit als moderne Gewerkschaftsorganisation zurück. Der Verband wurde im Jahre 1885 gegründet, hatte aber in den ersten sechs Jahren seines Bestehens keine Verbindung mit der modernen Arbeiterbewegung, vielmehr überwogen zunächst berufszünftlerische Anschauungen bei einem erheblichen Teil der Mitglieder. Noch 1890 erschien Herr Goldschmidt auf einem Delegiertentage des Verbandes, um den Anschluß an die Gewerkschaften (G.-D.) zu befrworten. Aber der gewerkschaftliche Geist war damals infolge der inzwischen geführten Kämpfe mit den Unternehmern bereits so weit vorgeschritten auch bei den Brauern, daß die Bemühungen des Herrn Goldschmidt erfolglos waren. 1891 wurde der Verband sodann reorganisiert, ein neues Verbandsorgan wurde geschaffen und schließlich der Anschluß an die Arbeiterbewegung vollzogen. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Am Schlusse des ersten Quartals 1911 gehörten ihm 41 608 Mitglieder an. Das Vermögen der Hauptkasse betrug M 1 035 756.

Die Mitgliederzahl des Buchbinder- verbandes betrug am Schlusse des zweiten Quartals 20 115, davon 13 775 weibliche Mitglieder. Der Bestand der Hauptkasse betrug M 465 996.

Der Zentralverband der Fleischer zählte am Ende des zweiten Quartals 1911 4451 Mitglieder. Die Zunahme seit dem ersten Quartal beträgt 200. Das Verbandsvermögen stieg in dieser Zeit von M 41 176 auf M 43 775. — Der Verbandsvorstand schloß mit dem nord-amerikanischen Bruderverband, der Amalgamated Meat Cutters and Butcher Workmens of North America einen Gegenseitigkeitsvertrag ab, der den Mitgliedern beider Verbände die Aufnahme ohne Eintrittsgeld sichert und den Austausch der Fachorgane, die Aufnahme wichtiger Mitteilungen in die Fachorgane sowie die Solidarität bei Lohnkämpfen stipuliert.

Der Verband der Friseurgehilfen musterte am Schlusse des zweiten Quartals 1911 2157 Mitglieder; das Verbandsvermögen betrug M 15 029.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen schloß das zweite Quartal 1911 mit einem Mitglieder- stand von 12 026.

Der Zentralverband der Handlungs- gehilfen und -gehilfinen Deutschlands

hatte am Schlusse des zweiten Quartals 1911 14 085 Mit- glieder. Seit Jahresfrist beträgt der Zuwachs 2775, wäh- rend der deutsch-nationale Verband in gleicher Zeit fast 3000 Gehilfen verloren hat.

Der Hutmacherverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 9507 Mitglieder. Der Vermögensbestand betrug M 162 328.

Der Kürschnerverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 4149 Mitglieder, davon 1448 weibliche. Der Bestand der Hauptkasse betrug M 33 249.

Der Malerverband hat im ersten Halbjahr seine Mitgliederzahl um 7175 auf 49 057 gesteigert. Das Gesamt- vermögen betrug am 1. Juli M 1 479 066, davon M 1 136 520 in der Hauptkasse.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hatte Ende Juni 1911 45 123 Mit- glieder.

Der Verband der Sattler und Portefeuiller zählte am Schlusse des zweiten Quartals 1911 13 537 Mitglieder, wozu noch 470 Jugendliche kommen. Das Verbandsvermögen betrug Ende Juni M 423 736.

Der Verband der Schiffszimmerer zählte am Ende des zweiten Quartals 3548 Mitglieder und einen Kassenbestand von M 92 535.

Die Mitgliederzahl des Schneiderver- bandes betrug am Schlusse des zweiten Quartals 45 891.

Der Steinarbeiterverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 27 033 Mitglieder. Der Vermögens- bestand belief sich auf M 631 240. Von den letzteren be- finden sich M 173 641 in den Kassen der Zweigvereine. Seit der 1903 erfolgten Reorganisation hat der Verband um 20 000 Mitglieder zugenommen.

Die Mitgliederzahl des Tapeziererverbandes betrug am Schlusse des zweiten Quartals 9632.

Der Transportarbeiterverband steigerte im zweiten Quartal seine Mitgliederzahl um 11 200 auf 175 200. Der Verband hat im laufenden Jahre aus- gezeichnete Fortschritte gemacht.

Aufforderung. Sehr schwer ist dem Zentralverbande der Fleischer die Agitations- und Organisationsarbeit ge- macht. Die Unternehmer, Wurstfabrikanten wie Fleischer- meister, setzen alles daran, um bei den Gesellen die An- sichts aufrechtzuerhalten, daß die Gesellenzeit nur eine Durchgangssituation ist, jeder nach kurzer Gesellenzeit Meister wird.

Durch die ausgedehnte Arbeitszeit und den Mangel an fast jeder geistigen Nahrung (im Hause des Meisters er- halten sie nur die Meisterzeitungen), hat sich in den Ge- sellen der Glaube an baldige Selbständigkeit so festgesetzt, daß sie von der vollständigen Interessensharmonie fest über- zeugt sind. Sie glauben dem Gerede der Meister, der Or- ganisation gegenüber verhalten sie sich passiv.

Die Entwicklung des Berufs zeigt aber, daß nicht ein- mal mehr der sechste Teil der Gesellen selbständig werden kann. Um jedem die Selbständigkeit zu ermöglichen, müs- sen sich heute siebenmal so viel Gesellen selbständig machen können, als es anfangs der siebziger Jahre geschah. Da die Bevölkerung sich seit der Zeit nur verandert halbfacht hat, ist dieses ein Ding der Unmöglichkeit.

Da die Zahl der Lehrlinge fortwährend steigt, sind junge Gesellen stets vorhanden (über 7000 lernen pro Jahr aus), ältere Gesellen werden fast gar nicht beschäftigt, so müssen die Gesellen, die heiraten wollen, den Beruf auf- geben.

Der Zentralverband der Fleischer hat schon Dresche in diese rückständigen Verhältnisse gelegt. Die Unternehmer haben bereits als Gegenmine einen Arbeitgeberchutzver- band gegründet. Nicht genug damit, haben sie auch zum Mittel der gelben Organisation gegriffen. Ausgehaltene Individuen haben sich genügend zu dieser Sache gefunden.

Da ein Teil dieser dem gelben nationalen Arbeiter- verband angehört, muß jeder Arbeiter das größte Interesse daran haben, daß die Fleischergefellens dem Zentralverband der Fleischer zugeführt werden. Wer mit einem Fleischer- gesellen zusammenkommt, als Verwandter, Freund, Haus- bewohner oder sonstige Bekanntschaft, fordere ihn immer wieder auf, sich dem Zentralverband der Flei- scher anzuschließen.

Auch diese Arbeitererleichterung muß der Kultur zugeführt werden, der Segen kürzerer Arbeitszeit kann aber nur mit der Organisation errungen werden. Handle jedes Mit- glied nach dieser Aufforderung.

Auskunft erteilt der Zentralvorstand, Berlin SO. 33, Mustauerstraße 28.

Allgemeine Rundschau.

Besering — Spiritussteuer — betrunkene Fische. In der „Wochenchrift für Aquarium- und Terrariumkunde“ wird von Herrn Bruno Neumann folgendes niedliche Ge- schichtchen erzählt. In der Dill- und Lahngegend, und zwar in der Nähe von Weklar, zeigten die Fische eines schönen Tages ein Benehmen, das bei allen Beobachtern lebhafteste Verwunderung hervorrief. Sie schwammen rücklings, machten die wunderbarsten Kapriolen und wurden mit leichter Mühe eine Beute der Neze und Angeln. Man fand bald die Ursache des absonderlichen Verhaltens und Ge- bahrens dieser verhezten Schuppenträger. Zwei Mühlen- besitzer in Dorla hatten vor einiger Zeit eine Mühle in Regenfurt in eine Gefenfabrik umgewandelt. Die Fabri- kanten stehen nun außerhalb des Gefenrings und verkaufen billiger. Um aber die billigen Preise behaupten zu können, müssen sie die auf dem Spiritus (ein Mitprodukt der Gefen- fabrikation) lastende Steuer zu vermeiden suchen; sie lassen daher den Spiritus in die Fluten des vorbeischießenden Dillflusses laufen. Und für diesen kleinen Schönheitsfehler unserer wirtschaftlichen Ordnung müssen nun die armen Fische durch unfreiwilligen Alkoholgenuß büßen!

Konfiskation der österreichischen „Bäckerzeitung“. Unsere Bruderorganisation innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle erfreut sich derselben Aufmerksamkeit seitens der hohen Obrigkeit wie die unsrige hier zu Lande, und besonders ihr Verbandsorgan, die „Bäckerzeitung“,

findet nicht immer das Wohlgefallen der Geseßeswächter. Die Nummer 20 vom 28. September ist es den Herren auch wieder angetan — man hat sie konfisziert, weil sie die Brutalitäten der Wiener Ordnungshüter gelegentlich der Volksdemonstrationen am 17. September gebührend brandmarkte. Die „Bäckerzeitung“ hatte geschrieben:

„Die beste aller Welten . . . ! Der Klassen- staat erteilt gegenwärtig Anschauungsunterricht. Die Be- lehrung gilt der arbeitenden Bevölkerung, die zugleich Demonstrationsobjekt ist. Das schaffende Volk leidet unter dem Druce einer furchtbaren Teuerung, die vom Klassen- staate noch künstlich verschärft worden ist, es leidet unter einer entsetzlichen Wohnungsnot und Wohnungssteuerung, deren Ursachen vom Klassenstaate künstlich genährt werden. Das Volk schreit in seiner brennenden Not nach Abhilfe und es erhofft diese von den leitenden Männern des Klassenstaates. Aber die Regierung hat nichts als leere Versprechungen; sie kommt mit formalen Einwänden und rechtswidrigen Verträgen.“

Soweit ließ man die Ausführungen passieren, aber dann war es mit der Gnade der Hochwohlblölichen ganz vorbei und die nachstehenden Sätze verfielen der Konfis- kation:

„Sie droht und rückt mit Militär auf, um ihre Macht zu zeigen, um mit glühenden Säbeln dem hungern- den Volke zu lehren, daß Hunger und Not als höhere Ein- richtungen des Klassenstaates in Ergebenheit und Gehuld zu tragen sind. Der 17. September in Wien war ein Tag des Anschauungsunterrichts. In diesem Tage haute der Säbel, sah die Flinte, stach das Bojonett. Der Hunger und die Verzweiflung des Volkes sollten in Strömen von Blut erstickt werden. Denn so will es die „Ordnung“ der besten aller Welten. . . . Zwei Genossen hat die Wiener Arbeitererschaft als Todesopfer zu Grabe geleitet, die Ge- nossen Otto Bröbenberger und Franz Joachimsthaler, junge Leute von 19 und 20 Jahren, die trotz ihrer Jugend schon jahrelang in der Partei- und Gewerkschaftsorganisation standen und zu den Westen der Jungen zählten. Sie sind gefallen nicht nur als schuldlose Opfer in dem Sinne, als sie die Verbrecher der herrschenden Klassen zu büßen haben, sondern als Unbeteiligte, die wohl an der vormittägigen Demonstration, aber nicht an der nachmittägigen Aus- schreitungen teilgenommen haben. Das Militär hat sinn- los grausam gegen Unbeteiligte gemüht. Man denke an den 46jährigen Geschäftsdieners Wögerbauer, der in Be- gleitung seiner zehnjährigen Tochter ein Gasthaus betreten wollte und dem von einem Husaren durch einen furchtbaren Stieb der Kopf gespalten wurde! Man denke an den Lehr- ling Hussat, dem durch ein Explosivgeschloß die Weichteile des Oberkörpers furchtbar zerfleischt wurden; an den Ge- nossen Ubrat, Sohn unseres langjährigen Verbandsmit- gliedes, dem eine Kugel durch die rechte Brustseite ge- schossen wurde. Sie alle waren Unbeteiligte, sie alle schweben in Lebensgefahr. Fürwahr, die bewaffnete Ge- walt hat sich keine Vorbeeren geholt. Und jetzt müht in schändlicher Weise die Justiz, wahre Bluturteile werden gefällt, das Gesetz wird mißbraucht, um am hungernden Volke Exempel zu statuieren. Die herrschenden Gewalten mögen glauben, durch Gewalt und Rechtsbeugungen Be- ruhigung im Volke schaffen zu können. Der Anschauungs- unterricht, den sie über das wahre Wesen des Klassen- staates erteilen, wird im Volke nicht ohne tiefe Wirkung bleiben. Er wird die Aufrührungsarbeit der Sozialdemo- kratie beschleunigen. Brennender als je muß im Volke das Verlangen erwachen, sich loszurichten aus dieser „besten aller Welten“, wo Hunger, Verzweiflung und rohe Unter- drückung das Los der arbeitenden Menschen sind.“

Die Nummer 20 der „Bäckerzeitung“ mußte infolge dieses Streiches der Zensurbehörde noch eine zweite Auf- lage erleben, in der dann an Stelle der gefährlichen Sätze eine weiße Stelle prangte. Und damit war der österreichische Staat gerettet.

Das italienische Proletariat und der Krieg. Gegen den Raubzug Italiens, der seit 14 Tagen die Welt in Spannung erhält und der, Schwindeltelegrammen zufolge, in ganz Italien lebhafteste Begeisterung ausgelöst haben soll, ist von dem italienischen Proletariat nachdrücklich durch einen eintägigen Generalstreik Protest eingelegt wor- den. Von der bürgerlichen Presse wurde natürlich wieder verkündet, daß dieser Proteststreik völlig verunglückt sei. „Der unabhängige Beobachter aber — so wird jetzt dem „Hamburger Echo“ berichtet — kann nicht verkennen, daß der Proteststreik in Nord- und Mittelitalien mit größter Einmütigkeit und Würde durchgeführt worden ist und daß ihm gerade in den Hauptzentren der sozialistischen und ge- werkschaftlichen Organisation, namentlich in der Ro- magna eine Wucht und Großartigkeit zukam, die die Grenzen der Protestdemonstration zu überschreiten und in eine direkte Bedrohung umzuschlagen drohte. In Hunderten von Orten ist gestreikt worden, und zwar in der ganzen Romagna unter Ausdehnung auf sämtliche Verkehrsmittel, auch auf die interprovinziellen Trams. Daß ein vier- undzwanzigtägiger Streik keine große Störung des Wirt- schaftslbens einschließt, liegt in der Natur der Sache. Was man über das Mißlingen des Streiks gefaselt hat, das ent- stammt vor allem römischen Quellen; in der Hauptstadt selbst ließ der Streik in der Tat zu wünschen übrig, vor allem, weil die Trambahnen die Arbeit nicht eingestellt und dadurch ihre nicht unruhmlische Tradition proletarischer Solidarität über den Haufen geworfen haben. Schuld an diesem Versagen trug die kirchliche Gegenorganisation, die in Rom in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Opfer, und zwar recht schwere Opfer, hat der General- streik allerdings gefordert. In Montatola bei Modena wurde ein Demonstrant durch einen Revolverbeschuß getötet. In Modena selbst schossen die Karabinieri auf einen De- monstrationszug und verwundeten sechs Personen schwer. Bei einem Kavallerieangriff in Forli, bei dem die Sol- daten mit dem Säbelrücken auf die Menge einhieben, wurden 40 Personen mehr oder weniger schwer verlegt. Am ruchlosesten war aber das Vorgehen der Karabinieri in Langhirano bei Parma. Hier war schon am 26. Sep- tember, ohne Erwartung der Ordre der Konföderation, der Streik proklamiert worden. Auch die Dampfbohn, die den Ort mit Parma verbindet, hatte den Dienst eingestellt. Als nun am Morgen des 27. September aus Parma die Nach-

richt lam, daß fortgestreift werden sollte, begaben sich etwa 85 Genossen um 5 Uhr morgens auf die Station der Dampfbahn und stellten sich vor die Lokomotive, um das Auslaufen des Zuges zu verhindern. Die Karabinieri schlugen nun mit den Gewehrkolben auf die ganz friedlichen Demonstranten, packten dann in wilder Wut plötzlich die Revolver und schossen aus nächster Nähe auf ihre Opfer. Drei der Getroffenen waren auf der Stelle tot. Es sind dies ein junger Landarbeiter, die 31jährige Genossin Mondelli Sekretärin der Landarbeiterinnengewerkschaft, und die 21jährige Genossin Schiabi, Mitglied des Exekutivkomitees der Arbeiterkammer. Diese letztere stand im achten Monat der Schwangerschaft. Von zwei tödlich verwundeten Landarbeitern ist einer bereits seinen Verletzungen erlegen. Trotz aller tendenziösen Entstellungen der Regierung ist es eine unleugbare Tatsache, daß die Karabinieri mit größter Brutalität über völlig friedliche Demonstranten hergefallen sind. Sie schlugen sogar mit dem Gewehrkolben auf die Mutter der Genossin Mondelli ein, die sich weinend über den Leichnam ihrer Tochter beugte. Kein Mensch kann diesmal von Notwehr oder Provokation reden. Wenn Exzesse vorgekommen sind, wie die Durchschneidung der Telegraphendrähte, so waren sie am Tage vorher geschehen, und nicht den Demonstranten, lauter organisierten Arbeitern, zur Last zu legen.

Frägt man sich nun, schreibt der Berichtstatter des „S. Echo“ weiter, was mit dem Proteststreik, der auch eine lange Reihe von Nachgeakten der Unternehmer, Maßregelungen und Ausperrungen nach sich ziehen wird, erreicht worden ist, so muß die Antwort dahin lauten, daß man das erreicht hat, was man beabsichtigte. Es war nicht daran zu denken, den seit Monaten vorbereiteten und abgekarteten Kriegszug zu verhindern. Die Konföderation der Arbeit, die ja bekanntlich ganz in Händen der Reformisten liegt, hat nicht einen Augenblick daran gedacht, das Signal zu einer revolutionären Massenbewegung zu geben. Jeder, der die Machtverhältnisse der proletarischen Organisationen kennt, muß wissen, daß hierzu in Italien die Stunde noch nicht gekommen ist. Man wollte lediglich die Verantwortlichkeit der herrschenden Klasse von der des Proletariats scheiden. Das ist am 27. September mit genügender Wucht und Deutlichkeit geschehen.

Genossenschaftliches.

Konsumvereine, Feuerung und Frachtermäßigung. Auf die Frachtermäßigung zugunsten der Landwirte hat die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft endlich auch eine Frachtermäßigung folgen lassen, die den städtischen Konsumenten zugute kommen soll. Sonderbarerweise hat man es jedoch nicht unterlassen können, die Konsumvereine, die gerade gegenwärtig für die Leute mit kleinem Einkommen von außerordentlicher Bedeutung sind, da sie es ihnen ermöglichen, durch die Ersparnisse beim Einkauf im Konsumvereine leichter über die Feuerung hinwegzukommen, ausdrücklich von dem Vorteil auszuschließen. Es ist nämlich neben einer allgemeinen Frachtermäßigung von 50 pZt. für Kartoffeln, frisches Gemüse und Süßfrüchte eine Sonderermäßigung um weitere 15 pZt. angeführt, die nicht die Händler erhalten sollen, sondern nur Organisationen, die nicht zu Erwerbszwecken die Waren vermitteln. Diese Sondervergütung kommt also Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmern, die für ihre Arbeiter größere Sendungen kommen lassen, zugute. In einer Anmerkung ist nun ausdrücklich erklärt, daß Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht als gemeinnützige Organisationen zu betrachten sind, selbst wenn sie unter dem Einkaufspreis verkaufen. Nach der ganzen Sachlage richtet sich diese Bestimmung lediglich gegen die Konsumvereine. Sie ist eine absolut ungerechtfertigte Ausnahmebehandlung, die freilich niemand in Erstaunen setzen wird, der die steuerliche Behandlung der Konsumvereine in Preußen kennt.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat im verfloßenen 27. Geschäftsjahr einen Gesamtumsatz erreicht von M. 20862448,88; das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von M. 2295884,06. Die Gesamtproduktion der drei Bäckereien beträgt M. 3848043,22, davon entfallen

auf die Bäckerei in Plagwitz	M. 2458818,19
„ „ „ „ Connewitz	641424,55
„ „ „ „ Eutritsch	747808,48
An „Schwarzbrot“ wurden gebacken	5614994 Stück
„ Weißbrot	258455 „
„ Frühstücksgebäck“ wurden gebacken ..	27468457 „
„ Kuchenwaren wurden gebacken ftr.	M. 200884,50

An Betriebsmitteln waren vorhanden 29 doppelherbige Dampfausgangsöfen, an denen 187 Bäcker mit 4 Backmeistern beschäftigt waren. Am Schlusse dieses Jahres sind im Eutritsch Betrieb noch weitere zwei Doppelsöfen in Betrieb genommen. Die eigene Mühle vermahlte 8249409 kg Roggen und 8602094 kg Weizen. Der Umsatz in der Fleischereiabteilung betrug M. 2997510,71, ein Mehr gegen das Vorjahr von M. 569864,16.

Literarisches.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Metallindustrie beschäftigten Personen. Festgestellt auf Grund statistischer Erhebungen in den Monaten April und Mai 1910 vom Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes. Verlag von Schlicke & Co., Stuttgart.

Anzeigen.

Unübertroffen!

Ia Friedrichsdorfer Zwieback, feinste Qualität. Zur Herstellung wird nur Ia Molkeributter und Vollmilch verwandt. Aerztlich empfohlen. Versand per Post und Bahn. **Zwiebackfabrik Emil Lebeau, Fulda.**

Nachruf.
Unsern Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied **Friedr. Kirschbaum,** Lebftüchler, im Alter von 49 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
[M. 8,90] **Zahlstelle Nürnberg-Fürth.**

Hamburg-Altona.
Sektions-Versammlungen
Sektion der Weissbäcker.
Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, oberer Saal.
Sektion der Grobbäcker.
Sonntag, den 14. Oktober, abends 6½ Uhr, bei Käker, Frankenstr. 14.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
[M. 4,50] **Die Sektionsleitungen.**

Unsern werten Kollegen Gustav Burmeister und seiner lieben Braut die **herzlichsten Glück- und Segenswünsche** zur Vermählung!
[M. 8,60] **Zahlstelle Rostock.**

Unsern Kollegen Walter Klingmann und seiner Braut Fräulein Weinstein die **besten Glückwünsche** zur Vermählung!
[M. 8,60] **Zahlstelle Harburg.**

Unsern Kollegen Albin Becker nebst seiner lieben Braut die **herzlichsten Glückwünsche** zur Vermählung!
[M. 8,60] **Zahlstelle Rudolstadt.**

Unsern werten Kollegen Eugen Maier nebst seiner lieben Braut Ida Glabow die **herzlichsten Glückwünsche** zur Vermählung!
[M. 8,60] **Zahlstelle Freiburg i. B.**

Ein Versuch überzeugt!
Natürl. Eigelb.
Eiweiss, trocken und flüssig, liefert in hervorragender Qualität
Robert Gottheiner, Hamburg 22, Hamburger Strasse 35.
[M. 8] **Telephon: Gr. 6, 5898.**

Zahnersatz nach 40jähriger Erfahrung

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
Sonntag, 15. Oktober:
Eöln a. Rh.: Vorm. 10½ Uhr im Volkshaus, Seberstr. 199. — Gelsenkirchen: 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65. — Gera: 8 Uhr, „Zum Hainberg“ — Görlitz: 8 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 87. — Halle a. d. S. (Quartalsversammlung): 8 Uhr im „Volkspark“. — Landshut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — London: 2 Uhr im C. A. B. V., 107 Charlotte Street, W. 1. St. — Remscheid: Im Gasthof „Zu den drei Kaisern“, Oberer Markt. — Oldenburg: 4 Uhr bei Schumacher, Kurbißstr. 28. — Weiskensfeld: Im Gewerkschaftshaus, Merseburger Straße 16.
Dienstag, 17. Oktober:
Zwickau: Im „Brauereischloßchen“.
Mittwoch, 18. Oktober:
Apsolva: Im Gewerkschaftshaus. — Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberfaderstr. 15. — Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeißer Straße 32. — Thale a. S.: „Zum Reichskämmerer“, Güttchenaufer.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.
Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens.
Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler.
[M. 4]

Unübertroffen
sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere **Margarine-Marken**
Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine
Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher
Alleinige Fabrikanten:
Margarine-Werke Berolina
Berlin-Lichtenberg
Herzbergstrasse 55/56
Teleph.: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.



Vertreter:
Bremer, Rampe & Thomsen,
Hamburg, Gröningerstr. 34.
Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.
Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.
Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.
Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde.
Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.
Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N31, Bernauerstr. 117.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Derfuss,** Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen bedecken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem,** Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

W. Gorn, Eimsb. Chaussee 2, v. 10—5
Frau Gorn, Eppendorfer Landstr. 95

frühe 15. — Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeißer Straße 32. — Thale a. S.: „Zum Reichskämmerer“, Güttchenaufer.
Freitag, 20. Oktober:
Braunschweig (Konditoren): 8½ Uhr im „Felsenkeller“, Juliusstraße.
Sonntag, 21. Oktober:
Elsfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — Iserlohn: 8 Uhr bei Ludwig Hahn, Schillerplatz.
Sonntag, 22. Oktober:
Bochum: Bei Schäfer, Ringstraße. — Erfurt: 8 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. — Solingen: Im Gewerkschaftshaus. — Stadthagen: 4 Uhr bei Wedderhahn, Schierenstraße.
Für die Redaktion verantwortlich: J. B.: A. Lankes, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Müllmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuerz & Co. in Hamburg.